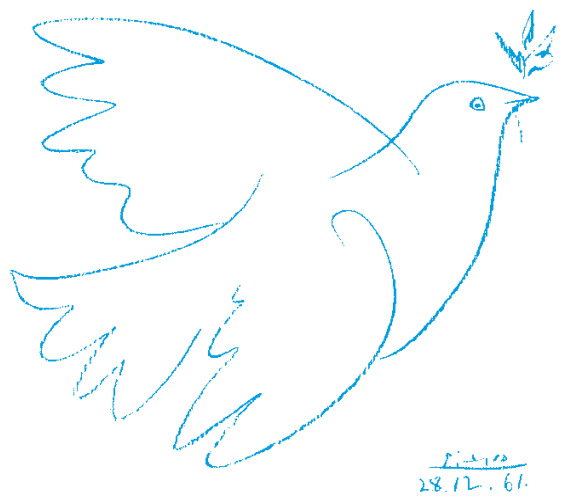
AZB
4001 Basel

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung



Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

44. Jahrgang
Nr. 1 – 2021
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Urteil im Assange-Prozess: Ein teurer Sieg **2**
Verzögerungstaktik des Bundesrats: Atomwaffenverbot jetzt! **3**
Vier Jahre «America First»: Machtpolitik statt Diplomatie **4**
US-Friedensrat zum «Putschversuch» im Capitol **5**
Putsch gescheitert: Wahlsieg der MAS in Bolivien **6**
Kriegsverbrechen in Afghanistan: Der fehlende Aufschrei **6**
100 Jahre Dürrenmatt: Denken statt mitmarschieren **8**

Demonstration gegen den Rüstungskonzern Rheinmetall in Kassel am 28.8.2020. Foto: @HeringMahara, Twitter

Aufrüstung in Corona-Zeiten

Lockdown für Militärausgaben!

Im Schatten der Corona-Pandemie floriert weltweit das Geschäft mit dem Krieg. Die Schweiz verzeichnet einen Waffenexport-Rekord. Ebenso rekordverdächtig sind die Rüstungsbudgets in den USA, Australien und Japan. Gleichzeitig fehlt es in allen Ländern an medizinischem Personal, an Pflegekräften, an medizinischer Ausstattung. Nie war es klarer, dass hier etwas falsch läuft.

Von Tarek Idri

Steigende Arbeitslosenzahlen, Betriebsschliessungen, eine überlastete Gesundheitsversorgung: die Corona-Krise lastet schwer auf der Bevölkerung – weltweit. Man sollte glauben, dass in einer solchen Zeit die Stärkung der Sozialsysteme und das Gesundheitswesen Priorität hätten, stattdessen werden Abermilliarden ins Militär und in die Waffenindustrie gesteckt. Die Militärausgaben sind überall auf einem Allzeithoch. In Deutschland werden unter anderem von der Linkspartei Forderungen laut nach Kürzungen in diesem Bereich, um die Corona-Krise zu bewältigen. Die Regierung will davon jedoch nichts wissen. Die deutsche Kriegsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer pocht auf die wirtschaftliche Bedeutung von Rüstungsprojekten: Staatliche Aufträge im Bereich der Rüstung zurückzuziehen, würde Arbeitsplätze gefährden, sagte sie gegenüber *dpa*. Sie verwies ausserdem auf die Verpflichtung der NATO-Mitgliedsstaaten, die Rüstungsausgaben auf etwa zwei Prozent des jeweiligen Bruttosozialprodukts anzuheben. Für die deutsche Bundeswehr sind im Haushalt für das neue Jahr rund 47 Milliarden Euro vorgesehen. 2020 waren es noch 45,2 Milliarden Euro.

Das Argument «Arbeitsplätze» wird auch von der britischen Regierung benutzt, um den Geldhahn für die Kriegsindustrie massiv aufzudrehen. Die Militärausgaben stehen auf einem Niveau wie am Ende des Kalten Kriegs. Mit neuen Cyber-Abwehreinheiten und Weltraumprojekten sollen Tausende neuer Arbeitsstellen entstehen. Der britische Premierminister Boris Johnson verkündete: «Die internationale Situation ist gefährlicher und kompetitiver als zu jeder anderen Zeit seit dem Kalten Krieg, und Grossbritannien muss zu seiner Geschichte und zu seinen Verbündeten stehen.» Aus diesem Grund müsse hochgerüstet werden. Zusätzlich zum angestrebten Militärbudget sollen innerhalb der kommenden vier Jahre weitere 16,5 Milliarden Britische Pfund in die Armee fliessen. Zuvor hatte sich die britische Regierung bereits darauf verständigt, die Militärausgaben jährlich zu erhöhen.

Ein «Segen» für die Rüstungsindustrie

Auch die rechte Regierung in Griechenland setzt auf Aufrüstung: Anfang Januar wurde beschlossen, dass die Armee um einen Drittel auf rund 133 000 Personen aufgestockt und der allgemeine Wehrdienst verlängert wird. Das griechische Parlament hatte zudem bereits im Dezember den Kauf neuer Kampfflugzeuge genehmigt. Das französische Grosskonzernkonglomerat Dassault Group, welches übrigens auch die grösste Tageszeitung Frankreichs «Le Figaro» produziert, soll noch in diesem Jahr 18 hochmoderne Kampfjets des Typs «Rafale» liefern. Der Kaufpreis beträgt 2,3 Milliarden Euro. Abgerundet wird der Grossauftrag durch den Kauf von vier Fregatten, von Kampfdrohnen und U-Booten. Mitten in der vom Corona-Virus verursachten Krise, die das Land in den vergangenen Monaten auch wirtschaftlich hart getroffen hat, will die Regierung den GriechInnen nun neue hohe Schulden auf die Schultern laden.

Während in Griechenland das Sozialsystem zerstört wurde (und immer noch wird), Gehälter und Renten gekürzt werden, für Ärzte, PflegerInnen, Infrastruktur, Schulen und Universitäten das Geld fehlt, steigen die Kriegsausgaben kontinuierlich weiter. Trotz Corona-Krise werden 2,5 Prozent des griechischen Budgets an die NATO gezahlt, der höchste relative Beitrag nach den USA.

Hintergrund für die Aufrüstung sind die angespannten Beziehungen mit der Türkei. Athen erhofft sich durch den Kauf der französischen Maschinen die Luftüberlegenheit in der Region.

Das Geschäft mit Griechenland sei ein Segen für Frankreich und «eine exzellente Neuigkeit für die französische Flugzeugindustrie», frohlockte die französische Kriegsministerin Florence Parly auf Twitter. In der Tat konnte sich Frankreichs Waffenindustrie seit Beginn der Macron-Regierung auf den weltweit dritten Platz vorschieben, hinter den USA und der Russischen Föderation.

Mehr Geld für Destabilisierung

In den USA wurde Ende Jahr ein Teil des Haushaltsbudgets der Bundesregierung beschlossen. Die darin enthaltenen finanziellen Mittel zur Unterstützung von Destabilisierungs- und Regime-Change-Programmen fallen dabei üppiger aus als die Hilfen für die unter der Corona-Pandemie leidende US-Bevölkerung. Allein für sogenannte Demokratieprogramme

Fortsetzung auf Seite 2

Ostermarsch 2021

Yes, we care!

Noch ist nicht klar, in welcher Form am 5. April 2021 der Berner Ostermarsch stattfinden kann. Dass es aber auch in Corona-Zeiten ein Zeichen für den Frieden braucht, steht für die Organisatoren ebenso fest wie das Motto.

In der Corona-Krise sorgen sich vielerorts Frauen um die Pflegebedürftigen, kümmern sich um die Mitmenschen und halten zu einem grossen Teil den sozialen Zusammenhalt aufrecht. Wie so oft, tragen Frauen die Hauptlast in Krisen-, Konflikt- und Kriegszeiten. Die öffentliche Aufmerksamkeit erhalten jedoch diejenigen, die mit Waffen an der Front, entscheidungsmächtig in der Regierung oder konkurrenzfördernd in der Wirtschaft agieren. Die Corona-Krise bringt diese unterschiedliche Gewichtung der gesellschaftlichen Anerkennung deutlich zum Vorschein, aber auch die Chance, daraus zu lernen. Frauen sind die unsichtbaren grossen Friedensakteur*innen und tragen zentral zum Gelingen von Krisen und Konflikten bei. Wenn alle Menschen achtsamer wären, dann wäre die Welt ein grosses Stück friedlicher. Deswegen sagen wir: «Yes, we care!»

Organisationskomitee Ostermarsch

Krieg und Umwelt

Der blinde Fleck

tai/uw. Die Klimabewegung in der Schweiz scheint trotz Corona-Pandemie immer noch in voller Fahrt zu sein: Es laufen Vorbereitungen für einen grossen Streik- und Aktionstag am 21. Mai mit dezentralen Aktionen und Bildungsveranstaltungen. Darüber hinaus haben die KlimaaktivistInnen letztes Jahr einen Klima-Aktionsplan entwickelt, der konkret den Weg aufzeigen soll, wie die Schweiz bis 2030 klimaneutral werden könnte. Zu den zentralen Forderungen gehört der Kampf gegen die fossilen Energieträger, ein radikaler Umbau der Infrastruktur und ein sofortiger Baustopp bis 2030 für Strassen und bestimmte Gebäudetypen.

Mit seinen 300 Seiten (!) ist der Klima-Aktionsplan definitiv ambitioniert, aber er enthält Lücken. Ein blinder Fleck ist das Militär und die Kriegsindustrie: In der Schweiz stösst das Militär Unmengen an Treibhausgasen aus – pro Jahr sind es 229 390 Tonnen CO_2 – und belastet Seen und Böden mit Schwermetallen. Die Tausenden von Schiessanlagen haben schweizweit eine Fläche von der Grösse der Stadt Biel mit Blei verseucht.

Die SFB erklärte schon 2019, dass die Armeen dieser Welt sich auch in Friedenszeiten in ständigem Krieg gegen die Umwelt befinden. Es ist dieser Punkt, an dem sich der Umweltschutz und der Friedenskampf verbinden lässt. Und es liegt an der Friedensbewegung, die Einsicht, dass Umweltschutz nur mit Abrüstung und Frieden zu erreichen ist, in die Klimabewegung zu tragen.

Mass nehmen

rumo. Haben Sie auch genug von dieser Pandemie, von Corona und Covid-19? Was für eine Frage, aber was können wir dagegen tun? Alle Massnahmen zu befolgen und sich so für lange Zeit an Corona zu gewöhnen, ist ein unerträglicher Gedanke. Eigentlich sollten sich die Regierungen der Welt zusammensetzen und eine gemeinsame Null-Corona-Strategie entwickeln. Stattdessen verhindern Interessenvertreter aus Wirtschaft und Politik, dass Corona von unserem Planeten verschwindet und damit auch Covid-19. Dabei wäre es dringend notwendig, dass man in allen Ländern durchgehend impft und zwar überall und so lange impfen, bis es nirgendwo mehr Corona gibt. Wir sind überzeugt, nur mit einem gemeinsamen Gesundheitsplan aller Völker kann man Covid-19 besiegen. Die Menschen brauchen Gesundheit und eine Welt ohne Corona.

So, und jetzt lesen Sie den obigen Text noch einmal. Aber ersetzen Sie vorher ein paar Wörter: Corona durch Krieg, Covid-19 durch Elend, Gesundheit durch Frieden und impfen durch abrüsten. Los geht's.

Liebe LeserInnen, «Unsere Welt» braucht Geld. Damit wir uns weiterhin für Gesundheit und Frieden einsetzen können, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel,
IBAN: CH 72 0900 0000 4000 1627 7 – Besten Dank!

Lockdown für Militär...

Fortsetzung von Seite 1

sind rund 2,4 Milliarden und für das «Programm zur Finanzierung des ausländischen Militärs» fast 6,2 Milliarden Dollar vorgesehen. Diese Militärausgaben gibt es zusätzlich zum bereits beschlossenen Militärbudget, das 740 Milliarden US-Dollar zur Aufrüstung vorsieht.

Am anderen Ende der Welt wird genauso wenig an Kriegsausgaben gespart. Australien etwa hat angekündigt, in den nächsten zehn Jahren 186,5 Milliarden US-Dollar zusätzlich in seine Streitkräfte zu investieren und damit faktisch sein Rüstungsbudget um rund 40 Prozent zu steigern.

Die Regierung Japans wiederum hat in den vergangenen Jahren hart daran gearbeitet, die bisherige Beschränkung seiner Streitkräfte auf die Selbstverteidigung auszuhebeln, die seit dem Zweiten Weltkrieg in der Verfassung vorgeschrieben ist. Entsprechend stockt Japan seinen Militärhaushalt seit Jahren fortlaufend auf. Die neunte Steigerung in Folge wurde vom Parlament gebilligt und sieht für 2021 Ausgaben im Wert von 51,5 Milliarden US-Dollar vor.

Auch Indien hat seinen Militäretat in den vergangenen Jahren immer mehr aufgestockt und erreicht mittlerweile ein Rekordvolumen von 71,1 Milliarden US-Dollar. Dies ist der drittgrösste Streitkräftehaushalt der Welt nach denjenigen der USA und Chinas. Allein 2020 belief sich der Wert der indischen Waffenkäufe in den Vereinigten Staaten auf ungefähr 3,4 Milliarden US-Dollar – mehr als je zuvor.

Und in der Schweiz?

Und wo steht die Schweiz im globalen Rüstungswettlauf? Während viele Wirtschaftszweige von der Corona-Krise und den Hygienemassnahmen hart getroffen wurden, geht es der schweizerischen Rüstungsindustrie blendend wie nie zuvor. Bis September 2020 wurden Waffen im Wert von 690 Millionen Franken ins Ausland exportiert. Die kompletten Zahlen für 2020 werden erst nach Redaktionsschluss veröffentlicht, aber alles deutet darauf hin, dass der bisherige, historische Waffenexport-Rekord von 2011 gebrochen werden dürfte. Die Schweizer Armee selber kann nach der Abstimmung im September neue Kampfjets sowie ein sogenanntes bodengestütztes Luftverteidigungssystem im Wert von acht Milliarden Franken anschaffen.

«Yes, we care!»

In fast allen Ländern fehlt es an medizinischem Personal, an Pflegekräften, an medizinischer Ausstattung, zuweilen an Spitälern. Dies ist neben der Corona-Pandemie eine Folge der dominierenden neoliberalen Politik, die in den vergangenen Jahren weltweit dazu geführt hat, dass einschneidende Kürzungen im Gesundheitswesen durchgesetzt wurden.

Eigentlich wäre genug Geld vorhanden: Die globalen Militärausgaben liegen bei 2 000 Milliarden US-Dollar, eine gigantische Summe! Geld für Armeeausrüstung, für Waffen, für laufende Kriege und zur Vorbereitung neuer Kriege ist da, nicht aber für die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung. Es ist doch offensichtlich, dass hier etwas falsch läuft. Es braucht dringend eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber, wie die staatlichen Mittel eingesetzt werden sollen. Jürgen Grässlin von der deutschen Friedenskampagne «Abrüsten statt Aufrüsten» bringt die Kernforderung auf den Punkt: «Was wir brauchen sind Medikamente und Abrüstung, nicht Militarisierung und Aufrüstung durch neue Kampfflugzeuge.» Was wir brauchen, ist ein Lockdown der Militärausgaben!

Der Ostermarsch am 5. April ist eine Gelegenheit, um diese Forderungen auf die Strasse zu tragen. Der diesjährige Ostermarsch steht unter dem Motto «Yes, we care!» und möchte die öffentliche Aufmerksamkeit auf die oftmals unsichtbare Care-Arbeit, die Pflegearbeit, die meist von Frauen geleistet wird, lenken. Die VeranstalterInnen fordern eine andere Gewichtung der gesellschaftlichen Anerkennung – weg von denjenigen, «die mit Waffen an der Front, entscheidungsmächtig in der Regierung oder konkurrenzfördernd in der Wirtschaft agieren». Dies wäre ein erster Schritt hin zu einer Politik, die soziale, gesundheitliche und ökologische Sicherheit gewährleistet und nicht eine kostspielige Militarisierung und Aufrüstung betreibt.

«Lasst uns die Militärausgaben in Gesundheit investieren.» Grafik: M. Gargoon/GCOMS

Grafik: Caitlin Johnstone

Urteil im Assange-Prozess

Ein teurer Sieg

Wikileaks-Gründer Julian Assange wird vorläufig nicht an die USA ausgeliefert – wegen Suizidgefahr in einem US-Gefängnis. In allen anderen Punkten folgte die urteilende Richterin jedoch der Argumentation der US-AnwältInnen. Sie akzeptierte, dass Journalismus als «Spionage» verfolgt und der Quellenschutz gebrochen werden darf.

Von Jonathan Cook

Die britische Richterin Vanessa Baraitser hat die US-Forderung nach Auslieferung von Julian Assange abgelehnt und damit die Bemühungen vereitelt, ihn für den Rest seines Lebens in ein US-Hochsicherheitsgefängnis zu stecken. Die Entscheidung ist ein willkommener juristischer Sieg, aber einer, der uns dennoch tief beunruhigen sollte.

Die Helden und Heldinnen des Tages sind diejenigen, die sich energisch dafür eingesetzt haben, Assanges Fall im öffentlichen Bewusstsein zu halten, obwohl die westlichen Mainstream-Medien so eifrig daran gearbeitet haben, den Fall zu verschweigen. Sie haben verhindert, dass Baraitser und das britische Establishment zustimmen konnten, Assange auf unbestimmte Zeit in den USA wegzusperren. Die USA forderten die Auslieferung, weil Assange ihre Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Irak und in Afghanistan aufgedeckt hatte. Aber wir dürfen den Preis, der von uns für diesen Sieg verlangt wird, nicht ignorieren.

Ein Moment zum Feiern

Für diesen kleinen Sieg sollten wir uns einen Moment des Feierns erlauben. Aber Assange ist noch nicht über den Berg. Die USA haben angekündigt, dass sie gegen die Entscheidung Berufung einlegen werden. Und es ist ebenfalls noch nicht klar, ob Assange in Grossbritannien im Gefängnis bleiben wird – möglicherweise im überfüllten Belmarsh-Hochsicherheitsgefängnis in London, das zu einer Brutstätte für Covid-19 geworden ist.

Dem US-amerikanischen und britischen Establishment ist es egal, wo Assange inhaftiert ist – ob in Schweden, Grossbritannien oder den USA. Das Wichtigste für sie ist, dass er weiterhin ausser Sichtweite der Öffentlichkeit in einer Zelle irgendwo eingesperrt ist, wo seine physische und mentale Gesundheit zerstört und wo er wirksam zum Schweigen gebracht wird. Auf diese Weise zeigen sie deutlich, welchen Preis man für Widerstand zahlen muss.

Der Kampf für Assange wird solange nicht vorbei sein, bis er wirklich frei ist. Und selbst dann wird er Glück haben, wenn die langen Jahre, in denen er verschiedenen Formen von Inhaftierung und Folter ausgesetzt war, ihn nicht dauerhaft traumatisiert haben, ihn emotional und mental geschädigt zurücklassen.

Nicht inhaltlich abgelehnt

Trotz dieses Teilsieges sollten wir zutiefst besorgt sein über die rechtlichen Argumente, die die Richterin bei der Ablehnung der Auslieferung vorbrachte. Die US-Forderung nach Auslieferung wurde abgelehnt aufgrund einer Formsache. Das US-Gefängnissystem ist so offensichtlich barbarisch und verwerflich, dass, wie ExpertInnen bei den Anhörungen im September schlüssig darlegten, Assange in grosser Gefahr wäre, Selbstmord zu begehen, sollte er in einem dieser Hochsicherheitsgefängnisse landen.

Man sollte auch eine andere wahrscheinliche Überlegung des britischen Establishments nicht ausser Acht lassen: dass Donald Trump aus dem Weissen Haus verschwindet und eine neue US-Regierung seinen Platz einnehmen wird. Es gibt aber keinen Grund, über den neuen Präsidenten Joe Biden optimistisch zu werden. Auch er ist ein Unterstützer der Masseninhaftierung und er wird kein grösserer Freund von dissidenten Medien, Whistleblowern und Journalismus sein, als es sein demokratischer Vorgänger Barack Obama war.

Man muss im Auge behalten, ob die neue Biden-Administration sich entscheidet, die Berufung fallen zu lassen oder den Fall noch viele Monate lang weiterziehen wird.*

Journalismus als Spionage

Es ist bezeichnend, dass Richterin Baraitser alle juristischen Hauptargumente der Trump-Administration für die Auslieferung unterstützte, obwohl sie von Assanges AnwältInnen umfassend widerlegt wurden. Baraitser akzeptierte die gefährliche neue Definition der US-Regierung von investigativem Journalismus als «Spionage» und deutete an, dass Assange auch Grossbritanniens drakonisches Gesetz über Amtsgeheimnisse gebrochen hätte, als er die Kriegsverbrechen der Regierung aufdeckte. Sie stimmte zu, dass der Auslieferungsvertrag von 2007 in Assanges Fall Anwendung findet, wobei sie den tatsächlichen Inhalt des Vertrags ignorierte, der für politische Fälle wie den seinen Ausnahmen macht. Damit öffnete sie die Tür für die Inhaftierung von weiteren JournalistInnen und ihre Auslieferung in die USA.

Baraitser akzeptierte, dass der Quellenschutz – den Assange gegenüber der Whistleblowerin Chelsea Manning anwandte – nun im digitalen Zeitalter als kriminelles «Hacken» eingestuft wird. Sie entsorgte das Recht auf freie Meinungsäusserung und Pressefreiheit, indem sie erklärte, dass es nicht im «uneingeschränkten Ermessen von Mr. Assange liegt, zu entscheiden, was er veröffentlichen kann». Dabei schien sie die umfangreichen Beweise zu billigen, die zeigen, dass die USA Assange innerhalb der ecuadorianischen Botschaft ausspioniert haben, sowohl unter Verletzung internationalen Rechts als auch seines Anwaltsgeheimnisses – ein Verstoss gegen seine grundlegendsten gesetzlichen Rechte, der allein das Verfahren hätte stoppen sollen.

Während wir also dieses Urteil für Assange feiern, müssen wir es auch lautstark als einen Angriff auf die Pressefreiheit anprangern, als einen Angriff auf unsere hart erkämpften kollektiven Freiheiten und als einen Angriff auf unsere Bemühungen, das US-amerikanische und das britische Establishment zur Rechenschaft zu ziehen, weil es sich über die Werte, Prinzipien und Gesetze hinwegsetzt, die es selbst zu wahren vorgibt.

Verunglimpfung geht weiter

Es gibt eine letzte Lektion aus dem Assange-Urteil. Im letzten Jahrzehnt ging es darum, Assange zu diskreditieren, zu entehren und zu dämonisieren. Dieses Urteil sollte als eine Fortsetzung dieses Prozesses gesehen werden. Baraitser hat die Auslieferung nur mit der Begründung abgelehnt, dass Assange psychisch krank und autistisch sei und dass er ein Selbstmordrisiko darstelle. Mit anderen Worten: Die prinzipiellen Argumente für eine Freilassung von Assange sind entschieden zurückgewiesen worden.

Wenn er seine Freiheit wiedererlangt, dann nur, weil er als geistig unzurechnungsfähig charakterisiert wurde. Das wird benutzt werden, um nicht nur Assange zu diskreditieren, sondern auch die Sache, für die er gekämpft hat: die Wikileaks-Organisation, die er mitbegründet hat. Diese Idee wird sich im öffentlichen Diskurs festsetzen, wenn wir uns einer solchen Darstellung nicht auf Schritt und Tritt entgegenstellen.

Assanges Kampf, unsere Gesellschaft gerechter zu machen und die Mächtigen für ihre Handlungen zur Verantwortung zu ziehen, war kein Beweis für eine psychische Beeinträchtigung. Es ist eine Pflicht, die wir alle teilen, unsere Politik weniger korrupt, unsere Rechtssysteme transparenter und unsere Medien weniger unehrlich zu machen.

**Zum Redaktionsschluss steht fest, dass Assange in Isolationshaft bleibt und die Biden-Administration am Auslieferungsbegehren festhält. (Anm. d. Red.)*

Jonathan Cook ist britischer Journalist und Medienkritiker.

Quelle: jonathan-cook.net, von der Redaktion übersetzt und gekürzt

Die Verzögerungstaktik des Ignazio Cassis

Atomwaffen verbieten – jetzt!

Der Bundesrat zögert die Unterzeichnung des Atomwaffenverbots hinaus. Das ist unverständlich und der Schweiz nicht würdig.

Von Carlo Sommaruga

Der 22. Januar hätte eigentlich ein grosser Tag für die Schweizer Diplomatie sein können: Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) trat in Kraft – aber ohne die Schweiz.

Dabei hat die Schweiz den Vertrag angestossen. 2010 sagte die damalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey vor der UNO-Generalversammlung, dass Atomwaffen illegal sind, weil sie zwischen zivil und militärisch nicht unterscheiden und damit gegen das humanitäre Völkerrecht verstossen. «Man muss sie delegitimieren», sagte Calmy-Rey, «und mit einer neuen Konvention ausserhalb des Rechtsrahmens stellen.»

Calmy-Reys Rede lancierte den Prozess in der UNO, der 2017 zum Abschluss des Atomwaffenverbots führte. Aber auf Antrag von Aussenminister Ignazio Cassis hat der Bundesrat seine Unterschrift verweigert.

Cassis stützte sich dabei auf einen argumentativ fragwürdigen Bericht seines Departements. Den Bundesrat konnte er überzeugen, das Parlament aber nicht: Beide Kammern stimmten meiner Motion zu, die den Bundesrat zur sofortigen Unterzeichnung des Vertrags auffordert. Doch der Bundesrat braucht offenbar Zeit zum Nachdenken.

Wozu sich Bundesrat Cassis weigert: Sebastian Kurz, damals noch Aussenminister Österreichs, bei der Unterzeichnug des Atomwaffenverbotsvertrags 2017. Foto: D. Ornitz/ICAN

Neue Bedrohungen

Dabei verschlechtert sich das strategische Umfeld laufend, gleichzeitig werden die nuklearen Risiken grösser. Die USA sind 2018 aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen. 2019 lief das Abkommen über Mittelstreckenraketen aus. 2020 zeichnete sich das mögliche Ende des «New START»-Abkommens ab, das die Zahl der strategischen Nuklearwaffen beschränkt.

Mit der Indienststellung der sogenannten Mini-Nukes haben die Militärs begonnen, Szenarien für den «limitierten» Einsatz von Nuklearwaffen zu entwerfen. Cyberattacken und der Einsatz von künstlicher Intelligenz erhöhen das Risiko eines unkontrollierten Einsatzes von Atomwaffen. Und Staatschefs aus Atomstaaten drohen vermehrt mit dem Einsatz dieser Waffen.

Cassis verzögert

Aber Aussenminister Ignazio Cassis hat entschieden, zuerst das Ergebnis des nächsten Treffens der Vertragsstaaten des Atomsperrvertrags (NPT) in diesem Jahr abzuwarten, bevor er sich an die Umsetzung meiner Motion machen will. Das Ergebnis dieser Konferenz wird allerdings an den Forderungen der Motion nichts ändern.

Cassis will zudem externe Experten beiziehen. Dabei hat das Parlament in dieser Sache bereits seine politische Position festgelegt. Es ist auch wahrscheinlich, dass Herr Cassis seinen Entscheid, bis Ende 2021 eine neue Abrüstungsstrategie vorzulegen, dazu benutzen wird, eine Entscheidung zum TPNW aufzuschieben. Im Jahre 2022 schliesslich ist zu befürchten, dass Herr Cassis dannzumal sagen wird, für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags sei im Hinblick auf die mögliche Mitgliedschaft der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat nicht der richtige Zeitpunkt.

Verspielte Glaubwürdigkeit

Wie sind wir in diese Situation geraten? Ganz einfach, weil es dem Bundesrat heute an der Vision, der Überzeugung und dem politischen Mut von 2010 fehlt. Damals basierte die Abrüstungspolitik auf einer kohärenten Logik durch unseren Status als Depositarstaat der Genfer Konventionen und Verteidiger des humanitären Völkerrechts. Diese Haltung wurde von den Grossmächten verstanden und respektiert.

Die heutige zögerliche Haltung unterminiert hingegen die Glaubwürdigkeit der Schweiz. Man will den Grossmächten gefallen durch Verzicht auf unsere Werte und Identität, wird dafür aber nicht belohnt. So haben die USA letzten Dezember nicht gezögert, die Schweiz als Währungsmanipulatorin anzuprangern. Zudem schwächt die fortgesetzte Weigerung, den Willen des Parlaments zu beachten, unsere Institutionen.

Diese absurde Sage hat viel zu lange gedauert. Es ist Zeit, den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen. Nur das wird dem Credo von Ignazio Cassis wirklich gerecht: «Aussenpolitik ist Innenpolitik» umzusetzen.

Zögert der Bundesrat weiterhin, befindet sich die Schweiz bald unweigerlich im Lager der Atomwaffenbefürworter. Dabei waren es unser Land und unsere Bundesrätinnen, die den Anstoss zum Verbot dieser Waffen lanciert haben.

Quelle: Tagesanzeiger, 22.01.2021
Zwischenüberschriften:UW

Parlament missachtet

uw. Zwei Jahre hat der Bundesrat laut Parlamentsgesetz Zeit für die Erfüllung einer Motion. Diese Frist ist für die Motion Sommaruga, die den Bundesrat zur Unterzeichnung des TPNW auffordert, im Dezember 2020 abgelaufen. Weder hat der Bundesrat dem Parlament Rechenschaft über diese Nichterfüllung abgelegt, noch eine bis Ende 2020 versprochene «aktualisierte Beurteilung» geliefert.

Schweizer Gemeinden atomwaffenfrei!

Basel, Bern, Genf, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich machten es vor: Ihre Gemeindeexekutiven haben den globalen Aufruf von Städten und Gemeinden zur Unterstützung des Atomwaffenverbots (ICAN-Appell) unterzeichnet und den Bundesrat aufgefordert, dem entsprechenden UNO-Abkommen vom 7. Juli 2017 beizutreten.

Von den 2172 Gemeinden der Schweiz harren damit 2165 noch auf einen Anstoss von unten. Den können Sie, liebe Leserin, lieber Leser geben.

- indem Sie die Exekutive Ihrer Wohngemeinde zur Unterzeichnung des Appells auffordern, im Sinne einer Petition,
- oder indem Sie eine Parlamentarierin oder einen Parlamentarier Ihrer Gemeinde überzeugen, einen entsprechenden Vorstoss einzureichen.

Ihr Brief an die Gemeinde-/Stadtexekutive könnte in etwa so aussehen:

Sehr geehrte(r) Frau/Herr Gemeinde-/Stadtpräsident(in)

Wir möchten Sie im Sinne einer Petition bitten, die folgende Resolution zu verabschieden und dem Bundesrat sowie der Öffentlichkeit bekanntzugeben:

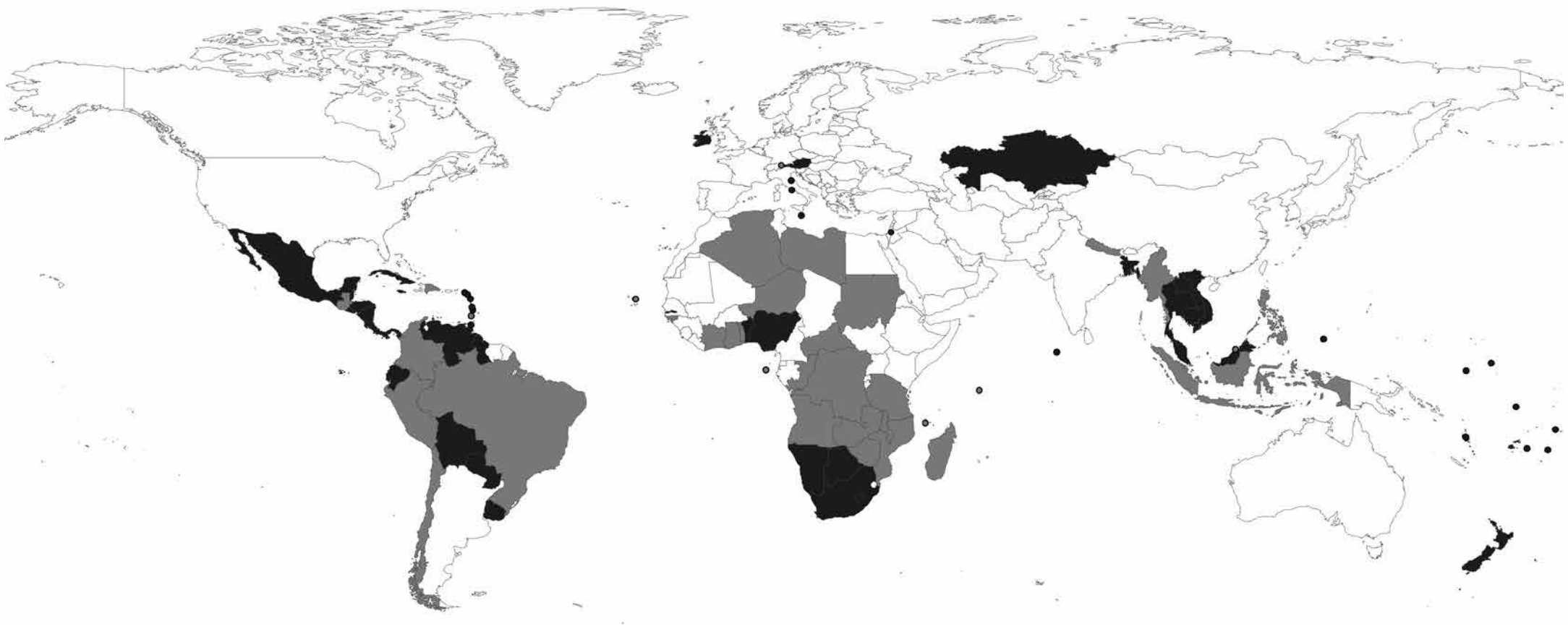
«Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüssen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern den Bundesrat zum Beitritt auf.»

Vielleicht halten Sie es für vermessen, dass auf Gemeindeebene zu einem derart globalen Problem Stellung bezogen werden soll. Als Gemeindeexekutive stehen Sie aber in der Verantwortung, das Leben von uns Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu schützen. Ein atomarer Krieg, ob in der Nähe oder in der Ferne, würde nun aber die Lebensgrundlagen von uns allen beeinträchtigen, wenn nicht gar zerstören. Die humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes dürfen deshalb niemanden von uns kalt lassen.

Am 22. Januar 2021 ist der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen offiziell in Kraft getreten. Der Bundesrat hat sich entgegen dem erklärten Willen von National- und Ständerat bisher geweigert, ihn zu unterzeichnen. Es braucht nun Druck von unten: Wenn immer mehr Städte und Gemeinden den Bundesrat in die Pflicht nehmen, ist dies eine spürbare Mahnung. Dieselbe Resolution, die wir Ihnen vorschlagen, sehr geehrte(r) Frau/Herr Gemeinde-/Stadtpräsident(in) wurde bereits von den Städten Basel, Bern, Genf, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich verabschiedet, die damit dem Städteappell der internationalen Kampagne für ein Atomwaffenverbot (ICAN) beigetreten sind. Um den Beitritt auch unserer Stadt/Gemeinde zu vervollständigen, ist lediglich eine Benachrichtigung an info@icanswitzerland.ch oder info@icanw.org erforderlich.

Gerne erwarten wir Ihre Antwort und grüssen freundlich….

Dieser Text steht auch auf friedensbewegung.ch zum Download bereit. Wir würden uns freuen, von Ihnen eine Kopie Ihres Schreibens und natürlich der Antwort zu erhalten. (Schweizerische Friedensbewegung, Postfach, 4001 Basel; sfb@bluewin.ch)



Der Süden macht es vor: Karte mit Unterzeichnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW). Dunkelgrau: ratifiziert; hellgrau: unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert. Quelle: UW

Vier Jahre «America First»

Machtpolitik statt Diplomatie

Donald Trump war der erste US-Präsident der USA seit Jahrzehnten, der keinen neuen Krieg angefangen hat. Seine friedenspolitische Bilanz fällt dennoch verheerend aus. Erinnern wir uns an einige aussenpolitische «Errungenschaften» seiner Amtszeit.

Von Jonas Jäggi

Seien wir ehrlich. Die Aussenpolitik, die Donald Trump bei seiner Wahl versprach, liess bei manchen Friedensbewegten verhaltene Hoffnung aufkeimen. In dem Masse nämlich, wie sie in den Führungsquartieren der NATO für Panik sorgte. Mit «America First» meinte Trump unter anderem, die USA sollten sich aus der Rolle als Weltpolizist zurückziehen. Die NATO bezeichnete er als «obsolet», die militärischen Engagements im Nahen und Mittleren Osten wollte er beenden und die Beziehungen zu Russland normalisieren. Davon ist wenig geblieben, ausser eben – immerhin – keine neuen Kriege.

Geschwächte NATO?

Immer wieder haben wir gehört, das transatlantische Bündnis sei wegen Trump in der Krise, und die aktuelle Freude bei der NATO über eine Normalisierung unter Biden überrascht dementsprechend wenig. Aber hat Trump die NATO wirklich geschwächt?

Trumps «Infragestellung» der NATO erreichte, dass sich die europäischen Mitgliedsländer zu höheren Rüstungsausgaben verpflichtet haben. Und zwar aus einem Diskurs heraus, der den von Trump mitgeprägten Eindruck unterstrich, die NATO sei ein Projekt US-amerikanischer Grosszügigkeit und in erster Linie für die Sicherheitsinteressen Europas unentbehrlich. Die europäischen Regierungen übertrafen sich geradezu in Loyalitätsbekundungen zur transatlantischen Sicherheitsarchitektur. Dieses Resultat dürfte die Generäle im Pentagon durchaus freuen – ebenso wie die US-Rüstungskonzerne.

Befürchtungen einer Annäherung an Russland, das als sorgfältig bewirtschaftetes Feindbild die Daseinsberechtigung der NATO garantiert, haben sich nicht bewahrheitet. Nach vier Jahren Trump sind die russisch-amerikanischen Beziehungen so schlecht wie nie, nie gab es mehr westliche Sanktionen gegen Russland. Und dennoch hält sich hartnäckig die Legende, Putin hätte von der Präsidentschaft Donald Trumps profitiert. Besser hätte es aus NATO-Sicht kaum ausgehen können. Mehr denn je kann sie sich als Bollwerk gegen die russische Gefahr inszenieren.

Fortgesetzter Drohnenkrieg

Selbstverständlich hat Trump auch Krieg geführt. Und damit meinen wir nicht seinen «Wirtschaftskrieg» gegen China.

Obama war eine friedenspolitische Enttäuschung nicht zuletzt wegen der massiven Ausweitung des völkerrechtlich höchst problematischen Drohnenkriegs. In seiner achtjährigen Amtszeit führten die USA laut dem *Bureau of Investigative Journalism* insgesamt rund 1 800 Luftschläge, vorwiegend mit Drohnen aus. Unter Trump waren es allein bis Januar 2020 mehr als 12 000.

Einer dieser Drohnenangriffe tötete den iranischen General Qasem Soleimani und neun weitere Personen, während er sich auf diplomatischer Mission im Irak befand. Ein Tabubruch sondergleichen, der fast einen Krieg provozierte.

Unvergessen ist auch der gemeinsam mit Frankreich und Grossbritannien verübte Militärschlag gegen Syrien, als Vergeltung für einen angeblichen Chemiewaffeneinsatz durch die syrische Armee. Der offensichtliche Verstoss gegen das Gewaltverbot traf im Westen auf breite Zustimmung.

«Friedensplan» für den Nahen Osten

Gerade im Nahen Osten versuchte sich Trump dennoch als Friedensbringer zu inszenieren. Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Sudan und zuletzt Marokko haben alle unter US-Vermittlung ihre Beziehungen zu Israel normalisiert, was dem sonst so viel kritisierten Trump weithin Anerkennung einbrachte. Dabei ging es freilich darum, eine Allianz gegen den Iran zu festigen.

Trumps Versuch, mit seinem als «Deal des Jahrhunderts» grossspurig angekündigten Nahost-Friedensplan

Wo es auf Obama-Plakaten noch «Hope» (Hoffnung) hiess, steht hier, ungefähr übersetzt: «Nö». Quelle: freesvg.org

den israelischen Siedlungsbau zu legitimieren, scheiterte kläglich, liess aber keinen Zweifel an der Ausrichtung seiner Nahostpolitik. Unter Trump haben die USA die Finanzierung des UNO-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) gestrichen, Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt, die US-Botschaft dorthin verlegt und die völkerrechtswidrig besetzten Golan-Höhen als israelisches Gebiet anerkannt.

Im Gegenzug für die Aufnahme der Beziehungen zu Israel wurde ebenfalls ein Anspruch des Königreichs Marokko auf die illegal besetzte Westsahara anerkannt. Öl ins Feuer eines Konflikts, der nach langem Waffenstillstand seit November letzten Jahres wieder in offene Kämpfe überging.

Der Truppenabzug aus Syrien, der dann doch keiner war, machte den Weg frei für eine weitere Invasion durch türkische Truppen. Mit erfrischender Offenheit begründete Trump dabei den Verbleib von US-Truppen im Land: Sie seien dort, um das Öl zu sichern.

Der Diplomat Trump

Wenn es Trump auch nicht gelungen ist, einen Deal mit Nordkorea zur Aufgabe ihres Atomwaffenprogramms auszuhandeln, so haben die direkten Gespräche mit der De-Facto-Nuklearmacht doch immerhin für vorübergehende Entspannung gesorgt. Die USA haben ihre Militärübungen mit Südkorea heruntergefahren und im Gegenzug hat Nordkorea seit Beginn der Gespräche 2017 keine weiteren Bombentests durchgeführt. Dass sich ein US-Präsident zu persönlichen Gesprächen mit dem nordkoreanischen Staatschef herabliess, ist für eine Weltmacht, die gewöhnlich die Dialogverweigerung mit unbotmässigen Regierungen zelebriert, bemerkenswert. Es blieb denn auch bei dieser Ausnahme.

Wenn im UNO-Sicherheitsrat Syrien behandelt wurde und der syrische Botschafter als betroffenes Land das Wort erhielt, verliessen die USA zusammen mit allen NATO-Ländern jeweils demonstrativ den Saal. Die Affäre um den angeblich durch Russland vergifteten Sergej Skripal nahm man im Westen zum Anlass, 144 russische Diplomaten auszuweisen, 60 davon aus den USA. Die venezolanische Botschaft in den USA wurde mit Anhängern des selbsternannten Übergangspräsidenten Guaidó neu besetzt, während Venezuelas Präsident Maduro auf der Sanktionsliste landete. Man hält lieber «Dialog» mit einer Marionette, die im Land so gut wie keinen Rückhalt geniesst, anstatt mit denen zu sprechen, die tatsächlich an der Macht sind. Diplomatie geht anders.

Mit der Rückkehr Kubas auf die Liste terroristischer Staaten hat Trump auch den letzten Rest der Bemühungen seines Vorgängers zunichte gemacht, die diplomatischen Beziehungen mit Kuba wieder aufzunehmen. Dafür hob er alle Beschränkungen für die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan auf: Der faktische Bruch mit der Ein-China-Politik, wie sie die USA seit der Aufnahme Chinas in die UNO praktizierten, und ein Schlag ins Gesicht Pekings.

Geringschätzung internationaler Institutionen

Unter Trump sind die USA aus dem Atomabkommen mit Iran, dem Pariser Klimaabkommen, der UNESCO und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ausgetreten. Sie kündigten den INF-Vertrag mit Russland über das Verbot von nuklearen Mittelstreckenraketen, sowie den Open-Skies-Vertrag über gegenseitige Beobachtungsflüge. Im Juni 2018 erklärte die USA auch ihren Austritt aus dem Menschenrechtsrat der UNO. Der Rat sei antiisraelisch und es sässen dort die grössten Menschenrechtsverletzer. Die Ironie dabei ist offenkundig: Nun sitzt dort tatsächlich ein Menschenrechtsverletzer weniger.

An Geringschätzung internationaler Institutionen übertraf jedoch nichts die Ankündigung Trumps, den internationalen Strafgerichtshof (IStGH) auf die Sanktionsliste zu setzen. Dafür, dass dieser seinem Mandat nachkam, wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan zu ermitteln – und dabei auch US-Soldaten ins Visier nahm.

Wie stattdessen mit Kriegsverbrechern aus den eigenen Reihen umzugehen sei, zeigte ein letzter Abschiedsgruss der Regierung Trump: Die Begnadigung von Söldnern der Firma Blackwater, denen Verbrechen im Irak vorgeworfen werden.

Diplomatie als Schwäche

Der ehemalige UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali hat seine Erfahrungen mit der Weltmacht USA einmal so beschrieben:

«Als Angehöriger eines Entwicklungslandes bin ich im internationalen Recht und in Diplomatie intensiv ausgebildet worden und hatte fälschlicherweise unterstellt, dass die Grossmächte – und insbesondere die USA – ihre Vertreter in gleicher Weise zur Diplomatie erziehen würden. Aber das Römische Imperium brauchte keine Diplomatie. Und die USA auch nicht. Diplomatie wird von einer imperialen Macht als Zeit- und Prestigeverlust, als Zeichen der Schwäche wahrgenommen.»

Die Regierungszeit Donald Trumps hat wie kaum eine andere diese Haltung verkörpert. «America First» hat offene Machtpolitik im US-amerikanischen Selbstverständnis salonfähiger denn je gemacht. Dass das international nicht immer gut ankommt, hat Joe Biden verstanden: «Diplomacy First» soll sinnigerweise seine Devise heissen. Es wird allerdings mehr als schöne Worte brauchen, um uns davon zu überzeugen.

Umzingelter Demonstrant von «Basel-Nazifrei». Foto: Jan Müller/AjourMag

Antifaschismus in Basel

Unnötige Eskalation

In Basel wird aktiver Antifaschismus hart bestraft: Eine junge Aktivistin wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, bloss weil sie an der unbewilligten Demonstration von «Basel Nazifrei» teilgenommen hatte.

Von Seyhan Karakuyu

Seit Monaten findet eine umfangreiche Prozessreihe gegen rund 40 AntifaschistInnen von der Basler Solidaritätsplattform «Basel Nazifrei» statt. Der Hintergrund: Im November 2018 bewilligte der Kanton Basel-Stadt der Schweizer Neonazi-Partei PNOS eine Kundgebung gegen den UNO-Migrationspakt. Es hätte der erste öffentliche Grossaufmarsch von Rechtsextremen in der Schweiz seit Jahren werden sollen. Am Ende folgten weniger als 80 Personen dem Aufruf.

Die Gegendemonstration war unbewilligt, für die überzeugten AntifaschistInnen jedoch eine Pflicht, denn die PNOS hatte vor, sich öffentlich gegen die Menschenrechte aufzustellen, mit faschistischen Parolen für eine «soziale und nationalistische Schweiz». Justizdirektor Baschi Dürr weigerte sich, trotz dem Widerstand linker Kräfte und den offen menschenfeindlichen Motiven der PNOS, die Bewilligung zurückzuziehen. Die Konsequenz: Ein Grosseinsatz der Kantonspolizei Basel-Stadt, unterstützt von Einsatzkräften aus verschiedenen Städten, gegen die Demonstration von Basel Nazifrei – inklusive Helikoptern, viel Gummischrot, etlichen Verletzten und der wohl längsten Prozessreihe gegen AntifaschistInnen in der Basler Geschichte.

Friedlich, breit und bunt

Da eine von der Juso initiierte, bewilligte Gegenkundgebung auf die weit entfernte Dreirosenmatte abgeschoben wurde, versammelten sich über 2 000 Menschen auf dem Messeplatz zur unbewilligten Basel-Nazifrei-Demonstration. AntifaschistInnen, ParlamentarierInnen, KommunistInnen, Einzelpersonen, Jung und Alt kamen hier zusammen, um aktiv die Verbreitung rassistischer und antisemitischer Äusserungen zu blockieren. Die PNOS wurde währenddessen von der Polizei hinter den Messeturm eskortiert, damit ihre Kundgebung in Ruhe und Sicherheit stattfinden konnte.

Die Gegendemonstration war friedlich, breit und bunt. Dann griff die Polizei die Demonstrierenden plötzlich mit schwarzem Gummigeschoss an. In einem internen Polizeirapport hiess es: «Diese Eskalation wäre nicht nötig gewesen. Die Demonstranten verhielten sich bis zu dieser Zeit friedlich. Sie hielten unsere Mindestdistanz ein, waren für eine gewalttätige Auseinandersetzung meiner Meinung nach nicht gerüstet, keine Steine bereit gestellt, kein Pyromaterial dabei, kein Laser sichtbar.»

Überzogene Strafen

Die staatliche Repression beliess es nicht beim Angriff auf die Demonstration: Es kam zu 60 Ermittlungen – inklusive Hausdurchsuchungen – und 38 Anklagen gegen AntifaschistInnen.

Bei den Gerichtsprozessen lautete der Tatbestand hauptsächlich: Landfriedensbruch, Körperverletzung, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte. Im Visier waren junge Menschen. Zum ersten Mal überhaupt wurde dabei das Mittel der Öffentlichkeitsfahndung im Kontext einer Demonstration eingesetzt; die Polizei veröffentlichte die Bilder von zwanzig mutmasslichen DemonstrationsteilnehmerInnen.

Die Strafen fielen extrem hart aus: Eine 28-Jährige wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt – unbedingt. Ihr wird keine aktive Gewalt an Personen oder Sachen vorgeworfen. Sie hat sich weder vermummt, noch ist sie vorbestraft. Weshalb die unverhältnismässige Strafe? Weil sie anwesend war und sich nicht aus der Menge entfernt hat, als die Polizei sie dazu aufforderte.

Als Reaktion auf dieses repressive Vorgehen gründete sich in Basel der «Graue Block». Unter der Parole «Alt, furchtlos, resistent.» schlossen sich darin etwa 60 Basler Linke fortgeschrittenen Alters zusammen. Gemeinsam erstatteten sie bei der Kantonspolizei eine Selbstanzeige, weil sie an der Gegendemo ebenfalls teilnahmen, aber nicht ins Visier der Justiz genommen wurden. Bis heute gab die Kantonspolizei darauf keine Rückmeldung.

Tränengaswolken vor dem Capitol in Washington am 6. Januar 2020. Foto: T. Merbler/Wikimedia

US-Friedensrat warnt vor Faschismus

Kein Putschversuch im Capitol

Die Erstürmung des Capitols am 6. Januar in Washington durch randalierende Trump-Anhänger ist in den Augen des US-Friedensrates Ausdruck einer sich unabhängig von der jeweiligen Präsidentschaft stets vertiefenden wirtschaftlichen und sozialen Krise in den Vereinigten Staaten. Das allgemeine Unbehagen in der US-Gesellschaft lasse sich deshalb nicht einfach auf einen Kampf zwischen Trump und seinen Legionen auf der einen Seite und den Demokraten und «gemässigten» Republikanern auf der andern Seite reduzieren.

In einer längeren Erklärung zu den Ereignissen vom 6. Januar 2021 in Washington widerspricht der US-Friedensrat der These vom Putschversuch und mag deshalb auch nicht in den Jubel über dessen «Scheitern» einstimmen. Die Mehrheit der herrschenden Klasse in den USA hätte aus mehreren Gründen kein Problem mit der Wahl von Biden, meint die traditionsreiche Organisation, welche die US-amerikanische Friedensbewegung im Weltfriedensrat vertritt.

Zum einen sei Trump für den normalen Betrieb des Staates bereits zu störend geworden und insbesondere sein Umgang mit der Pandemie habe der Wirtschaft und der Legitimität des Grosskapitals schweren Schaden zugefügt. Zum andern würde die Biden-Administration als Kopie der Obama-Regierung die kapitalistischen Interessen wohl reibungsloser und weniger konfrontativ bedienen als die Trump-Mannschaft. Eine Beteiligung repressiver Kräfte wie der Armee oder der Polizei, ansonsten Merkmal eines «echten» Putsches, sei beim «Sturm auf das Capitol» deshalb von vornherein nie zu erwarten gewesen.

Verführer und Verführte

Die Ereignisse vom 6. Januar sind für den US-Friedensrat der tiefen Legitimationskrise des imperialistischen Staates geschuldet, die sich durch das Versagen der Regierung, das Leben der Menschen physisch wie ökonomisch vor den Folgen der Covid-19-Pandemie zu schützen, noch verschärft hat. Die jahrzehntelange Verschwendung der Ressourcen des Landes für Kriege und militaristische Politik im Ausland auf Kosten elementarster Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung hätte die US-amerikanische Gesellschaft gespalten und das Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen in einem Masse geschürt, dass ein «Business as usual» für die herrschenden Parteien in den USA unmöglich geworden sei.

Die Reaktion auf diese Missstände, auf die massive Arbeitslosigkeit und auf die grassierende Armut, sei nun aber am 6. Januar nicht in eine fortschrittliche Richtung erfolgt, sondern wie im Deutschland der 30er Jahre in rechtspopulistischer und rassistischer Manier: Dort habe derselbe gefährliche Prozess der sich vertiefenden Krise des Kapitalismus zum Aufstieg Hitlers, des Nazismus und zum Zweiten Weltkrieg geführt. «Auch damals wurden die unter hohem Druck stehenden und verarmten Volksmassen mit ihren berechtigten Einwänden gegen die herrschenden Verhältnisse von populistischen Verführern wie Hitler zur Errichtung eines faschistischen Staates verleitet.»

Wachsende Repression

Wer die gegenwärtigen Schwierigkeiten einfach als eine von der Trump-Administration versursachte «abnorme» Periode qualifiziere, lasse die Ursachen der weit verbreiteten Krise, die das System heimgesucht habe, ausser Acht: «Die kumulativen Widersprüche des Systems, die sich in den letzten Jahrzehnten verschärft haben, sind offener an die Oberfläche getreten und wirken als primäre Antriebskraft aller gegenwärtigen und aufkommenden Spannungen. Mit anderen Worten: Die Ereignisse vom 6. Januar waren nicht die Endphase einer ‹abartigen› Trump-Ära, sondern die Anfangsphase einer neuen Ära verschärfter Konfrontationen. Tief verwurzelte Klassen- und Rassenkonflikte, nicht nur überstrukturelle politische Konflikte, werden die Hauptarena des Kampfes der Menschen bilden.»

«Die Antwort der herrschenden Klasse auf diese Legitimationskrise ist, zunehmend auf Repression zu setzen, weil sie die Widersprüche des globalen Kapitalismus nicht lösen kann», bekräftigt der US-Friedensrat und weist darauf hin, dass sich dem Rekordbudget für das Militär von 740 Milliarden Dollar im Kongress nur gerade 20 Demokraten entgegengestellt haben. Und das Gesetz zum hauseigenen Terrorismus, das von den Demokraten im Namen des Kampfes gegen den Faschismus angepriesen werde, sei in Wirklichkeit «ein weiterer Schritt in Richtung des autoritären Staates». Dabei würde allein die bestehende Gesetzgebung auf diesem Gebiet schon exzessive Polizeibefugnisse legalisieren, wie etwa der von beiden Parteien unterstützte *Patriot Act* von 2001, für den sich Joe Biden als einer der Hauptautoren rühme, oder die Abschaffung des Habeas Corpus, die unter Obama 2011 mit dessen Genehmigungsgesetz zur nationalen Verteidigung (NDAA) erfolgte.

Was in den USA geschehe, sei ein Mikrokosmos dessen, was die kapitalistischen Finanzinstitutionen und Eliten überall auf dem Planeten mit ihren Handelsabkommen und ihrer imperialistischen Aussenpolitik angerichtet hätten: Die Unterdrückung der Völker durch Einmischung und Wirtschaftskriege, um die Bedingungen für Ausbeutung, für Land- und Ressourcendiebstahl und Umweltzerstörung zu schaffen.

Der Weg nach vorne kommt von unten

Die Zeit des Hoffens auf Reformen von oben sei deshalb endgültig vorbei, unterstreicht der US-Friedensrat. «Es ist an der Zeit, dass die Volksbewegung diese gefährliche qualitative Veränderung der gegenwärtigen Situation in den USA erkennt und ihre Herangehensweise, Taktik und Organisierungsmethoden an die Erfordernisse der gegenwärtigen Situation anpasst.»

Notwendig sei eine einheitliche Massenbewegung an der Basis, um die grundlegenden Klassenwidersprüche des Systems als Ganzes anzugehen. Diese Graswurzelbewegung dürfe sich nicht darauf beschränken, kosmetische Veränderungen durch Wahlen und Reformen von oben anzustreben und damit nur Symptome zu bekämpfen. «Wir müssen alle Kontingente der Volksbewegung – die Gewerkschaften, die Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, für Bürgerrechte, für Menschenrechte, für die Umwelt, für den Frieden – unter einem einzigen koordinierten Netzwerk zusammenbringen, mit einer klaren Agenda, die die Ursachen der gegenwärtigen Krise angeht und nicht nur ihre vielfältigen Symptome.»

Nötige Aufklärung

Die Friedensbewegung selbst sieht der US-Friedensrat in der dringenden Verantwortung, unter den breiten Volksmassen und dabei besonders unter denen, die der rechtspopulistischen Propaganda zum Opfer gefallen sind, Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Bewegung müsse ihnen aufzeigen, «dass die Hauptursache ihres Leidens in der imperialistischen Militär- und Wirtschaftspolitik der US-Regierung zu finden ist und nicht in Mitbürgern, die selbst Hauptopfer derselben Politik sind, wie Afroamerikaner, Angehörige anderer Ethnien, Immigranten, die Armen usw.»

Quelle: US Peace Council; Zusammenfassung und Übersetzung: UW

Historische Gewalt im Capitol

uw. Die US-Historikerin Manisha Sinha sieht Parallelen zwischen dem Angriff auf das Capitol und früheren Episoden der US-Geschichte. Es hat in ihr wiederholt Versuche gegeben, den demokratischen Prozess durch den Einsatz von innerstaatlichem Terror zu stören, insbesondere während der «Reconstruction»-Zeit.

Nach dem Bürgerkrieg wurden damals in den Südstaaten das Wahlrecht der Schwarzen und die amtierende demokratisch gewählte Regierung von rechten weissen Terrorgruppen wie dem Ku-Klux-Klan angegriffen. Genau daran erinnern die heutigen Gruppen, die wieder die Konföderierten-Flagge im Kongress gehisst haben.

1856 gab es einen gewaltsamen Vorfall im Capitol, als ein Südstaaten-Kongressabgeordneter den Senator Charles Sumner mit einem Stock angriff, nachdem dieser eine Rede gegen die Sklaverei gehalten hatte. Sumner trug stark blutende Kopfwunden davon und wäre beinahe gestorben. Eine Anti-Sklavereiorganisation aus dem Norden warnte, dass die Sklavenhalter die Redefreiheit im Kongress genauso «niederknüppelten», wie sie es auf ihren Plantagen täten. Der Vorfall schlug hohe Wellen und beschleunigte den Ausbruch des Bürgerkriegs.

Märchenstunde in Leutschenbach

SRF – Russlandbashing mit der Moralkeule

In Washington stürmt der Mob das Capitol. SRF berichtet von Schadenfreude in Russland. Eine brisante Behauptung, doch fehlen die Fakten!

Von Alva Noi

Bilder des Sturms aufs Kapitol an jenem 6. Januar 2021 gehen viral um die Welt. Rohe Gewalt dort, wo sonst Argumente in einem demokratischen Prozess die Gewalt teilen sollten. Ein Ereignis mit historischer Bedeutung, deren Ursache schnell gefunden wird – in der Rhetorik von Donald Trump.

Bezug zu Russland

In Leutschenbach klingeln ob dieser Ereignisse die Alarmglocken. Von einer Sondersendung der Tagesschau bis hin zum Format «Kinder News» berichten alle Kanäle. Herr und Frau Schweizer werden umfassend informiert, die Fakten eingeordnet und auch kommentiert. Einzig die Frage, wie bei einem so bewegenden Ereignis das Narrativ der bösen Russen bedient werden könnte, diese Frage bleibt offen.

Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Foto: Wikimedia

Erstaunlich, doch nicht lange. Am 8. Januar schlägt die Kreativität der Leutschenbach Crew dann zu: In der Person von Korrespondent David Nauer ist der richtige Mann gefunden. «Schadenfreude bei den Weltpolitischen Gegnern der USA», so der Titel seines Interviews auf SRF 4 über Reaktionen in Russland. Und schwups war der Bogen geschlagen, mit der Keule der Schadenfreude. Doch so kreativ der Einfall auch war, so dünn bleiben die Fakten. Schauen und hören wir hin.

An den Haaren herbeigezogene Geschichte

In den Abendnachrichten des ersten russischen Fernsehens «Perwy Kanal» eröffnet Ekaterina Andrejeva am 7. Januar die Nachrichten mit einem Beitrag über das orthodoxe Weihnachtsfest. Putin küsst eine Ikone in irgendeiner alten Kirche und die Welt ist für die Russen wie jedes Jahr während dem wichtigsten Fest in Ordnung. Erst der zweite Beitrag widmet sich den Geschehnissen in Washington.

In dieser von der Redaktion festgelegten Reihenfolge wittert Nauer nun die schwarze Pädagogik des Kreml. Folgende Botschaft soll den Russen vermittelt werden (Zitat): «In Russland herrscht Ordnung und Besinnlichkeit, in den USA Chaos und Gewalt.» Und weiter: «Der Kreml könne nun seinen Bürgerinnen und Bürgern demonstrieren, wie viel besser das Leben unter Putin (...) sei.» Hm, da bleibt man als Zuhörer ratlos zurück. Wo ist da die Schadenfreude?

So falsch Nauers Schluss ist, so normal ist es im Perwy Kanal, die Sendung mit einer Kremlgeschichte zu beginnen. Dass die äusserst selten bis nie kritisch ist – ja, das erstaunt wohl keinen Kenner der Szene und soll kritisiert werden. Doch mit Washington hat dies nichts zu tun.

Auch Aussenminister Sergei Lawrow muss in der Berichterstattung von SRF für das Narrativ der bösen Russen herhalten. Nauer zitiert ihn in einer Stellungnahme zum Wahlsystem in den USA so: «Das System sei archaisch (...), die USA seien gar keine richtige Demokratie mehr.» Hm, auch da bleibt man ratlos zurück. Schadenfreude? Wie Recht der Herr Aussenminister doch hat! Wer das Wahlsystem der USA kennt, der muss zum Schluss kommen, dass es verschiedene Auffassungen von Demokratie gibt. Und jene in den USA hat nun wirklich nur wenig mit jener in Europa zu tun. Da ging einiges an Entwicklung vergessen, das man schon längst zwingend hätte anschieben müssen. So titelte auch die NZZ zum Wahlsystem in den USA: «Kompliziert und veraltet». Herr Lawrow steht mit seiner Einschätzung also alles andere als alleine da.

Was nun?

Es scheint, als sei bei den Redaktionen von Fernsehen und Radio SRF das Bedürfnis grösser, einem Narrativ zu folgen, als Fakten auf Glaubwürdigkeit zu prüfen. Dem Narrativ «Dort die bösen Russen – hier die guten Westler». Für wie dumm verkauft uns eigentlich SRF?

Überzeugender Wahlsieg in Bolivien

Putsch gescheitert

2019 wurde in Bolivien die demokratisch gewählte Regierung von Evo Morales durch einen Putsch der Rechten abgesetzt. Ein Jahr später ist die Demokratie wiederhergestellt und die MAS mit komfortabler Mehrheit zurück an der Macht.

Von Wolfgang Herrmann

Luis Arce von der Bewegung zum Sozialismus (MAS) ist der neue Präsident Boliviens. Das Land hat nach einem Jahr Chaos wieder einen gewählten Präsidenten im höchsten Amt.

Am 18. Oktober traten 87 Prozent der wahlberechtigten Bürger an die Wahlurnen. Von ihnen wählten 55,1 Prozent Luis Arce und David Choquehuan. Der Kandidat der Banken und Schecks Carlos Mesa von der «Comunidad Ciudadana» (CC) erreichte 28,8 Prozent der Stimmen und der Kandidat der Grossgrundbesitzer Luis Fernando Camacho von der Partei «Creemos» 14 Prozent. Auch in den beiden Kammern des Parlaments verteidigte die MAS die Mehrheit, die sie bereits nach den Wahlen vor zwölf Monaten erobert hatte.

Der alte und der neue Präsident: Evo Morales (l.) mit Luis Arce (r.). Foto: Twitter

Ohrfeige für die Rechte

Der Wahlsieg der MAS und der Amtsantritt des neuen Präsidenten bedeuten eine schallende Ohrfeige für die Rechte Boliviens, die sie unterstützende US-Regierung und die OAS, die ein übles Testat der Wahlfälschungen vor einem Jahr ausstellte. Daraufhin ernannte sich am 12. November 2019 die damalige Vize-Senatspräsidentin Jeanine Áñez von der Rechtspartei «Demokratische Soziale Bewegung» (MDS) mit der Bibel in der Hand selbst zur «Übergangspräsidentin». Die USA, Brasilien, die OAS und die Europäischen Union erkannten sie sofort an. Auch der Oberkommandierende der bolivianischen Armee, Williams Kaliman, stellte sich öffentlich hinter sie. Die «Übergangspräsidentin» befahl der Armee und der Polizei, «Ordnung» im Land zu schaffen. Es kam zu Massakern in Sacaba, Senkata und Ovejuyo. Insgesamt wurden mehr als 30 Personen getötet, Hunderte verletzt und inhaftiert.

Neuwahlen verschleppt

Laut bolivianischem Gesetz müssen Neuwahlen innerhalb von 120 Tagen erfolgen. Die De-facto-Regierung von Jeanine Áñez sah in ihnen eine wichtige Aufgabe, um sich einen legalen Status zu geben. Gleichzeitig verschob sie aber immer wieder den Termin. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen wollten die Rechten Zeit gewinnen, um genügend WählerInnen auf ihre Seite zu ziehen. Zum anderen verschärfte die Putschregierung die Jagd auf ihre politischen Gegner. Die Corona-Pandemie, die mit verheerenden Folgen in Bolivien grassiert, wurde zum weiteren Hemmschuh für die Neuwahlen erklärt. Letztendlich verlegte Áñez die Neuwahlen auf den 18. Oktober.

Errungenschaften der MAS

Dass eine Mehrheit in Bolivien die MAS wählte, hat einen Grund. Bolivien erreichte in den 14 Jahren MAS-Regierung politische Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung. 2006 nationalisierte sie die Bodenschätze, speziell die weltgrössten Vorkommen an Lithium, das für Mobiltelefone, Computer und Elektroautos gebraucht wird. Die Gewinne aus dem Lithiumexport blieben so im Land und kamen auch der armen und indigenen Landbevölkerung zugute. Die Regierung investierte in soziale Programme, Bildung und Gesundheitswesen. Die extreme Armut ging von 36 auf 14 Prozent zurück.

Viele dieser Errungenschaften wurden durch die Putschisten abgeschafft, Bildungs- und Gesundheitswesen wurden privatisiert, die kubanischen Ärztebrigaden nach Hause geschickt und die sozialen Programme eingestellt. Das Land trat aus ALBA, CELAC und UNASUR aus und in die reaktionäre, von Washington geförderte Lima-Gruppe ein.

Inzwischen beschlossen die beiden Kammern der Nationalversammlung, dass sich die selbsternannte «Übergangspräsidentin» Jeanine Áñez und ein Dutzend «Minister» wegen der Gewalt, die sie auslösten, vor Gericht verantworten müssen.

Es ist zu erwarten, dass die neue Regierung Boliviens den von Evo Morales begonnen Weg fortsetzen wird.

Quelle: RotFuchs, Kürzung: UW.

Rückkehr zum Gleichgewicht

Aus der Rede des bolivianischen Vizepräsidenten David Choquehuanca zum Amtsantritt am 8. November 2020.

«Mit der Erlaubnis unserer Götter, unserer älteren Brüder und unserer Pachamama, unserer Vorfahren, unserer Achachilas, mit Erlaubnis unserer Patujú, unseres Regenbogens und unseres heiligen Koka-Blatts. (...) Heute möchte ich einige Minuten lang unser Denken und Fühlen teilen. (...) Wir Völker der alten Kulturen, der Kultur des Lebens, bewahren unsere Ursprünge seit dem Anbeginn der Zeit. Wir, die Kinder, haben eine uralte Kultur geerbt, die versteht, dass alles miteinander verbunden ist, dass nichts getrennt ist und dass nichts ausserhalb ist. Deshalb sagen sie uns, dass wir alle zusammen gehen, dass niemand zurückbleibt, dass alle alles haben und niemandem etwas fehlt. Und dass das Wohlergehen aller das Wohlergehen von einem selbst ist. Dass Helfen ein Weg ist, zu wachsen und glücklich zu sein. Dass uns der Verzicht zum Wohle des anderen stärkt, dass uns zu vereinen und uns im Ganzen zu erkennen der Weg von gestern, heute, morgen und immer ist, von dem wir nie abgewichen sind. (...)

Seit 2006 haben wir in Bolivien eine harte Arbeit begonnen, um unsere individuellen und kollektiven Wurzeln zu verbinden, um wieder wir selbst zu werden, zu unserer Mitte zurückzukehren, zum Taypi, zur Pacha, zum Gleichgewicht, aus dem die wichtigsten Weisheiten der Zivilisationen unseres Planeten zum Vorschein kommen. Wir befinden uns mitten im Prozess der Wiedergewinnung unseres Wissens, der Verhaltensregeln der Kultur des Lebens, der zivilisatorischen Regeln einer Gesellschaft, die in tiefer Verbindung mit dem Kosmos steht, mit der Welt und mit der Natur, mit dem individuellen und kollektiven Leben. (...)

Unsere Revolution ist die Revolution der Ideen, sie ist die Revolution der Ausgewogenheiten, denn wir sind überzeugt, dass wir uns, um die Gesellschaft, die Regierung, die Verwaltung, die Gesetze und das politische System zu verändern, als Individuen verändern müssen. Wir werden die Übereinstimmungen von Gegensätzen fördern, um Lösungen zu finden zwischen der Rechten und der Linken, zwischen der Rebellion der Jugend und der Weisheit der Grosseltern, zwischen den Grenzen der Wissenschaft und der unbeirrbaren Natur, zwischen den kreativen Minderheiten und den traditionellen Mehrheiten, zwischen den Kranken und den Gesunden, zwischen den Regierenden und den Regierten, zwischen dem Führerkult und der Gabe, anderen zu dienen. Unsere Wahrheit ist ganz einfach – der Condor fliegt nur, wenn sein rechter Flügel in perfektem Einklang mit seinem linken Flügel ist. (...)

Wir werden die heiligen Schätze unserer Kultur gegen jeglichen Eingriff verteidigen. Wir werden unsere Völker, unsere natürlichen Ressourcen, unsere Freiheiten und unsere Rechte verteidigen. (...) Brüder, um zum Schluss zu kommen, wir Bolivianer müssen die Spaltung überwinden, den Hass, den Rassismus, die Diskriminierung unter Landsleuten. Keine Verfolgung der freien Meinungsäusserung mehr, keine politische Verfolgung mehr durch die Justiz. Kein Machtmissbrauch mehr. Die Macht muss da sein, um zu helfen. Macht muss zirkulieren. Die Macht genauso wie die Wirtschaft muss umverteilt werden, muss zirkulieren, muss fliessen wie das Blut in unserem Organismus. Keine Straffreiheit mehr. Gerechtigkeit, Brüder.»

Quelle und Übersetzung: amerika21.de, Kürzung: UW

Kriegsgreuel und das Verhalten der Medien

Der Krieg in Afghanistan zeigt seine Fratze

Die Tagesschau vom 19. November 2020 hatte es in sich. Fernsehen SRF berichtete über meuchelnde australische Soldaten. Der Aufschrei im «Wertewesten» blieb indes aus.

Von Alva Noi

Demos gegen Shutdown, Rückgang der Industrieproduktion, Pompeo in Israel – und dann dies: Kriegsverbrechen australischer Elitesoldaten in Afghanistan. In ihrem vierten Beitrag berichtet die Tagesschau von Fernsehen SRF während zweieinhalb Minuten über eine Eliteneinheit der australischen Armee, die in den Jahren 2006 bis 2016 in mindestens 39 Fällen Gefangene oder Zivilisten ermordet haben soll. Ein umfassender Bericht für einen staatlichen Sender in einem neutralen Land, ein Bericht mit Sprengkraft, bei dem sich auch ein zweiter Blick lohnt.

Erdrückende Fakten

Nach vierjährigen Ermittlungen tritt am 19. November 2020 Angus Campbell, Chef der australischen Verteidigungsstreitkräfte, vor die Medien. Einem internen Untersuchungsbericht zu Folge hätten 25 Mitglieder einer Sondereinheit mindestens 39 Männer und Frauen ermordet: Gefangene, unbewaffnete Zivilisten, Jugendliche. Zutiefst verstörend sei der Untersuchungsbericht, den der Generalinspekteur der australischen Armee an diesem Tag den Militärs übergeben hatte. SRF springt auf und berichtet über die Veröffentlichung und die vorausgegangene Untersuchung. Die News erreicht Europa.

Über 300 Zeugen wurden befragt, in 55 Fällen wurden Ermittlungen aufgenommen. Das Fazit sei eindeutig: eine beschämende Bilanz mit schwersten Verstössen gegen das Kriegsvölkerrecht. In keinem Fall sei ein Afghane in der Hitze des Gefechtes umgekommen, in jedem Falle seien die Australier über das Kriegsvölkerrecht und die Einsatzregelen informiert gewesen. Es handle sich um Mord. Begangen zum Teil als Ritual zur Aufnahme der Neuankömmlinge in der Eliteeinheit. Unschuldige, Wehrlose als Opfer. Einige gefoltert, dann hingerichtet.

Was war geschehen?

Nach den Anschlägen gegen das World Trade Center im Jahre 2001 entsandte auch Australien auf der Seite der Amerikaner Truppen nach Afghanistan. Ziel war im Verbund mit den Streitkräften der ISAF, jenem Verbund aus vierzig Armeen mit westlichen Werten, der Sturz der Taliban am Hindukusch. Als Vergeltung der angeblich in der Verantwortung von Osama Bin Laden liegenden Anschläge auf das World Trade Center in New York. Etwas mehr als 1 000 Soldaten kamen aus Australien. Teil dieser Einheit war die *Special Air Service* (SAS), in die im Jahre 2012 auch Braden Chapman eintrat. Damals als *Signal Intelligence Officer*, verantwortlich also für die Aufklärung und die Nachrichtenübermittlung auf dem Felde. Stolz sei er gewesen, dieser Elitetruppe beitreten zu dürfen. Dass Aufklärung für ihn aber nach kurzer Zeit eine ganz andere Bedeutung haben würde, das konnte er sich damals noch nicht vorstellen. Seit dem Jahre 2016 untersucht das Militär intern nun Greueltaten, in die australische Soldaten verwickelt waren. Mitinformant: Braden Chapman – als Whistleblower.

Lange waren es Gerüchte. Man hörte, man vermutete. Es soll Hinrichtungen von Zivilisten und unbewaffneten Gefangenen gegeben haben. Die Darstellungen der Vorfälle von Seiten des Militärs folgten einem Stereotyp: Notwehr der eigenen Leute, dann als Folge der Tod des Taliban. Fotos zeigten die Erschossenen neben Granaten, Funkgeräten oder einer Kalaschnikov AK 47. In den Berichten zu den Vorfällen hiess es dann regelmässig: im Kampf getötete Feinde, erschossen aus einer Distanz von 20 bis 50 Metern. Abstreiten und Vertuschen gehörten zum Ritual, wie die internen Witze über den Teppich, unter den alles gekehrt werden konnte. Er sei so gross, da hätte noch viel mehr Platz. Oder die Seriennummer der den Toten für das Foto beigelegten AK 47: Es sei immer die gleiche gewesen.

Die Darstellung der Notwehr im heroischen Kampf hatte mehr oder weniger gegen die inoffizielle Darstellung der vorsätzlichen Tötung Bestand, bis unter anderen auch der australische Staatssender ABC der Frage nachging, inwiefern australische Truppen nicht doch tatsächlich Kriegsverbrechen begangen haben könnten. Immerhin war das Militär zu jenem Zeitpunkt ja auch bereits am Untersuchen. Die Fernsehdokumentation «The Killing Field: Die Aufdeckung von Tötungen und Vertuschungen durch australische Spezialeinheiten in Afghanistan» brachte dann im Frühjahr 2020 den Durchbruch und war mit Bestandteil der Untersuchungen des Militärs und des jetzt veröffentlichten, internen Untersuchungsberichtes. Fazit: 39 belegte Morde und bis dato keine Verurteilung durch ein Gericht. Von den 25 verdächtigten Soldaten würden einige auch heute noch am Hindukusch im Einsatz stehen. Treibende Kraft der Dokumentation waren die Journalisten Dan Oakes und Sam Clark von ABC.

Beispiellose Berichterstattung eines Staatssenders

Über Jahre hinweg berichteten Dan Oaks und Sam Clark im Sender ABC über ungeklärte Vorkommnisse auf dem Schlachtfeld in Afghanistan. Selbst reisten sie ins Kriegsgebiet und befragten Angehörige von Opfern. Die Sichtweise dieser Menschen entsprach in vielen Fällen nicht den Berichten der Armee, sofern es sie denn gab. Richtig Fahrt nahm die Berichterstattung des Staatssenders im Jahre 2017 mit der siebenteiligen Serie «The Afghan Files» auf. Hunderte von Dokumenten, die auf mögliche Kriegsverbrechen hindeuteten, wurden ABC zugespielt und dienten als Grundlage für diese Serie. Und dann klopften da noch ehemalige Mitglieder der Sondereinheit SAS bei ABC an, die hinstanden und über ihre Erlebnisse erzählten. Braden Chapman zum Beispiel, andere wollten ihre Identität nicht Preis geben. Plötzlich wurde eine ganz andere Berichterstattung möglich. Bildmaterial von Helmkameras stand ebenso zur Verfügung wie Aussagen von Augenzeugen. Was lange als Gerücht kursierte, wurde durch authentische Berichte und Bildmaterial belegt. Sowohl die Dokumentation «Killing Field» als auch der Beitrag in der Tagesschau von Fernsehen SRF griff auf dieses Material zurück.

Zweieinhalb Minuten Afghanistan via Tagesschau in den Stuben der Schweiz. Der Krieg verändert die Menschen. Dort die Gewalt, hier die Berichterstattung. Für einen kurzen Moment zeigte der Krieg seine hässliche Fratze. Weiter ging die Berichterstattung in der Tagesschau mit den nächsten Beiträgen: Angebotsbazar um Beschaffungsdeal der neuen Kampfjets, Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative und «Zehn Jahre Tschasa Editura Rumantscha». Wer die Hauptausgabe der

Fortsetzung auf Seite 7

Freund oder Feind? Ein australischer Soldat auf Patroullie in Tarin Kowt, Afghanistan. Foto: J. Collins/Wikimedia

Tagesschau am 19. November 2020 sah, der vergass den vierten Beitrag wohl schnell.

Der Überbringer der Nachricht wird kriminalisiert

Zwei Fragen stellten sich nach der Ausstrahlung des Tagesschau-Beitrages über meuchelnde australische Soldaten: Ist das alles, oder nur die Spitze des Eisberges? Und als zweite Frage: Wie reagiert der Staat auf diese Veröffentlichung, in dessen Auftrag die Armee in Afghanistan Krieg führt?

Zuerst zur zweiten Frage: ABC, der staatliche Nachrichtensender von Australien, konnte nicht ungestraft über die Greueltaten berichten. Schon vor der Fertigstellung des Filmes «Killing Field» erhielt die Redaktion Besuch von staatlichen Behörden. Im Juni 2019 durchsuchten Beamte der Bundespolizei die Redaktionsräume von ABC und verschafften sich Zugang zu den Computern von Journalisten. Ziel waren tausende E-Mails, Interviewabschriften, Filmmaterialien und Recherchedokumente. Den Betroffenen Fernsehleuten drohten Haftstrafen bis zu fünf Jahren. Australiens Sicherheitsgesetze wurden in den letzten Jahren extrem verschärft. Wer Kriegsverbrechen veröffentlicht, der könnte mit dem Anti-Spionage-, dem Anti-Terror- oder dem Geheimhaltungsgesetz in Konflikt kommen. Eine Geschichte, deren Skript man im Westen kennt.

Die australische Armee steht nicht alleine da mit diesem Supergau. Von Briten und Amerikanern berichteten staatliche Sender schon früher. Und auch da mussten mutige Journalisten hinstehen und Kopf und Kragen riskieren. In England verlinkte die BBC Mordberichte britischer Soldaten mit der Berichterstattung aus Australien. Eigentlich ein vorbildliches journalistisches Vorgehen. Anders in Deutschland. In der ARD reservierte die Redaktion gerade mal dreissig Sekunden für eine Meldung über die Untersuchungen in Australien. That's it – neben Meldungen zum Weltgeschehen noch ein paar tote Afghanen. Anders beim ZDF. Da waren die bestialischen Taten immerhin einen Beitrag wert. Doch auch hier: Kein Bezug zu Deutschland. Die Frage nach eigenen Soldaten auf Abwegen, die blieb aus. Was weiter auffällt: Keine der staatlichen Medienanstalten unternahm den Versuch, das Geschehen auch als staatspolitische Affäre anzugehen.

Nicht nur in den USA werden Whistleblower verfolgt, auch in Australien. Die Frage, in welchem Kontext diese Taten stehen, die wurde von allen grosszügig umgangen.

Ulrich Tilgner: Krieg im Orient – Das Scheitern des Westens

Und immer wieder die USA

Ulrich Tilgner, der während 35 Jahren von allen Brennpunkten des Nahen Ostens berichtete, analysiert auch in seinem neusten Buch die Rolle der westlichen Staaten in den Kriegen des Orients. Nach «Die Logik der Waffen – Westliche Politik im Orient» von 2012, setzt er seine Analyse bis in die jüngste Zeit fort, reichhaltig ergänzt mit persönlichen Berichten von Reisen und Gesprächen.

Von Antoinette Mächtlinger

«Ich habe mich beim Schreiben mehrfach gefragt, ob es richtig ist, mich vor allem mit den USA auseinanderzusetzen. Ja, es ist richtig, denn ich habe immer wieder erlebt, wie die anderen Industriestaaten sich an ihnen als westlicher Führungsmacht ausgerichtet haben.» Das schreibt der Autor in seinem «Persönlichen Nachwort».

Das Besondere an seiner Darstellung ist aber nicht die Sicht der USA, es ist die Sicht aus den vom Krieg betroffenen Ländern. So zitiert er einen armen afghanischen Bauern, der eine lange Liste seiner Vorfahren aufzählt und plötzlich unterbricht: «Als der unser Haus gebaut hat, gab es die USA noch gar nicht.» Und Tilgner kommentiert: «Der Bauer hatte ein vollständig anderes Verständnis von Kultur und Geschichte als Bush.»

Die USA hätten sich nie um die Stammesstrukturen der angegriffenen Länder gekümmert. Die Stämme seien nicht käuflich, aber immer offen für eine Zusammenarbeit, die ihnen Vorteile bringe. Im Irak wurden nach dem Sturz Saddam Husseins die sunnitischen Stämme entmachtet, worauf mehrere von ihnen bereit waren, ein Bündnis mit dem IS einzugehen.

Armut in Afghanistan

Tilgner rollt die Geschichte des über 40-jährigen Krieges in Afghanistan auf. Was uns interessiert, ist die gegenwärtige Situation. Da ist das Flüchtlingsproblem: Die Armut im Land ist unbeschreiblich. In ihr liegt der Grund dafür, dass afghanische Flüchtlinge unter enormem Druck stehen, ihre Familien oder Dorfgemeinschaften, die ihnen die Flucht ermöglicht haben, finanziell zu unterstützen. «Eine derartige Armut zwingt Afghanen zu Handlungen, die Ausländer nicht nachvollziehen können», schreibt der Autor, wenn er Familien erwähnt, die ihre Söhne als Soldaten je nach Opportunität zu den Taliban oder zu den Regierungseinheiten schicken. Ein grosses Problem ist der Unterschied zwischen Stadt und Land.

19 Jahre nach dem sogenannten Sturz der Taliban durch die US-Armee kann die Hälfte aller Afghanen (Afghaninnen sind offenbar mitgemeint!) weder lesen noch schreiben, vor allem in den ländlichen Regionen. In diesen 19 Jahren hat sich der Drogenanbau, den die Taliban aus religiösen Gründen bekämpft hatten, vervierfacht. Die Gewinne versickern im Sumpf der städtischen Vetternwirtschaft. Der Autor folgert: «Dieser Stadt-Land-Gegensatz wird andauern, und deshalb ist ein schnelles Ende der Kämpfe nur möglich, wenn sich die Taliban und die Regierung in Kabul bei Verhandlungen auf ein Ende der Kämpfe einigen. Ein militärischer Sieg einer der beiden Seiten ist ausgeschlossen.»

Und an unsere Medien gerichtet, verlangt er eine schonungslose Darstellung der Verhältnisse, um «eine Wiederholung jener Katastrophe zu verhindern, wie sie sich nach dem Rückzug der Sowjetarmee ereignete.»

Ulrich Tilgner, Krieg im Orient. Das Scheitern des Westens, Rohwolt, Berlin 2020.

Irak: Freiheit und Wahlen?

Die Eroberung Iraks 2003 dauert knapp vier Wochen. Nach dem Sturz Saddam Husseins löst die US-Verwaltung dessen Baath-Partei und den Sicherheitsapparat auf, wodurch 500 000 Männer arbeitslos werden. Zwar gibt es ab 2005 Presse- und Redefreiheit und freie Wahlen, aber die Parteien vertreten je ihre Eigeninteressen; Gewinner sind Schiiten und Kurden. Dazu Tilgner: «Saddam Hussein war zwar gestürzt, aber Irak versank im Chaos, und aus dem Exil zurückgekehrte schiitische Politiker übernahmen die politische Macht. Die USA hatten zwar den Krieg gewonnen, aber sie konnten weder die Gesellschaft befrieden noch eine neue Wirtschaft aufbauen.»

Asymmetrie der Kriegsführung ist zum Prinzip erhoben: Die von den USA aufgebauten nationalen Streitkräfte werden für den Einsatz gegen Terroristen und protestierende Gegner im Innern ausgebildet, die wiederum auf unkonventionelle Kampfformen angewiesen sind.

Libyen – Syrien – Türkei

Der Autor zeigt auf, wie arabische Frühlingsproteste in Gewalt und Bürgerkrieg umschlagen. Und wie die USA im Hintergrund Regie führen. Für Libyen widerspricht sich Tilgner in seiner Interpretation, wenn er schreibt: «Präsident Obama setzte damit anfangs die von seinem Vorgänger (...) begonnene Politik fort, weil das Ziel des Militäreinsatzes ein Regimewechsel war.» Und drei Sätze weiter: «Für ihn ging es um eine humanitäre Intervention, mit der die militärische Zerschlagung der Aufstandsbewegung und grosse Opfer der Zivilbevölkerung verhindert werden sollten.» Er habe dann die militärische Verantwortung möglichst schnell der Nato übertragen. Die Folgen für die Bevölkerung und für die Flüchtlinge sind bekannt.

Aus der libyschen Katastrophe hätten die USA Lehren gezogen: In den syrischen Bürgerkrieg hätten sie nur noch geheimdienstlich und symbolisch eingegriffen, in Jemen sollen sie nur noch «Hilfsdienste» leisten. Der Autor folgert: «Die Hauptlast der Kriege im Orient übernahmen Verbündete der Vereinigten Staaten, konservative, ölreiche arabische Golfstaaten, die vor allem US-Waffen einsetzen.» Und die USA? Nur noch geheimdienstlich, das sieht dann so aus: «Die CIA organisierte libysche Oppositionelle und deren Waffenvorräte und setzte sie in Syrien für den Kampf gegen das Assad-Regime ein.»

Nach einer detaillierten Darstellung der Entwicklung in Syrien vom Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg zieht Tilgner Bilanz: 400 000 Syrer getötet. 11 Millionen Flüchtlinge, die Hälfte davon Binnenflüchtlinge. US-Ausgaben für die Unterstützung Oppositioneller: 500 Millionen Dollar. US-Rüstungsgüter: 3 500 Tonnen. Für den Wiederaufbau benötigt Syrien 1 000 Milliarden Dollar. Mit Assad wird der Westen sich irgendwie arrangieren müssen, aber seit dem Auftritt der Türkei hat sich eine neue Front aufgetan. Soll die Vertreibung der Kurden der Preis für eine Friedensordnung sein? Wie werden Russland und Iran sich verhalten? Europa hält sich mit Kritik an der Türkei zurück – sie ist ja ein «Bollwerk gegen Flüchtlinge».

Saudi-Arabien und der Krieg in Jemen

Auch in Jemen beginnt der Krieg 2011 mit Massenprotesten. Auch hier weitet sich der Konflikt aus, wobei sich Stammesmilizen auf verschiedenen Seiten an den Kämpfen beteiligen. Die Huthi, die zu einem radikalen Zweig der Schiiten gehören, nutzen das Machtvakuum und marschieren 2014 in der Hauptstadt Sanaa ein. 2015 erklärt eine von Saudi-Arabien angeführte Allianz den Huthi den Krieg: «Eines der reichsten Länder der Welt startete einen erbarmungslosen Krieg gegen eines der ärmsten.» Hinzu kommt die Abspaltungsbewegung in Südjemen, wo die Separatisten einen eigenen Staat anstreben, wie er von 1967 bis 1990 existiert hat.

Laut SIPRI gingen von 2015 bis 2019 zwölf Prozent der weltweiten Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien, davon 73 Prozent aus den USA. Der Vorwurf Tilgners gilt den westlichen Medien, die diese Unterstützung viel zu selten thematisieren. Seine Kritik wendet sich oft an Europa, besonders an Deutschland.

USA–Iran: der alte Konflikt

Der Ursprung dieses folgenschweren Konflikts geht in die 1950er Jahre zurück. Tilgner betont, wie wichtig es sei, für das Verständnis der heutigen Situation die historische Entwicklung einzubeziehen. Iran hat keine koloniale Vergangenheit und hat früher als seine Nachbarstaaten Modernisierungsversuche erlebt. 1953 wird der gewählte Ministerpräsident Mohammed Mossadegh, der die Verstaatlichung der Ölindustrie gefördert hat, durch die CIA gestürzt und durch Schah Reza Pahlawi ersetzt.

Das Trauma, das in den USA bis heute nachhallt, ist die Besetzung der US-Botschaft durch Anhänger Ayatollah Khomeinis nach dem Sturz des Schahs 1979. Das Trauma, das in Iran bis heute nachhallt, ist der irakische Angriffskrieg mit Unterstützung der USA 1980, der Hunderttausenden Iranern das Leben kostete.

Später folgen die US-Sanktionen. Verheerend sind die Auswirkungen der letzten Phase von 2017. Staatspräsident Rohani – der nicht dem konservativen Lager zuzurechnen ist – muss mit weniger als 10 Prozent der üblichen Öleinnahmen auskommen. Auch China als Grossabnehmer fällt aus. Dazu kommt Covid 19. Tilgner befürchtet in Zukunft eine Vernichtung des Reformflügels, ein Anwachsen des Gegensatzes von Arm und Reich, eine Zementierung der konservativen Macht. Er warnt vor einer Militärdiktatur oder eine Dauerherrschaft der Erzkonservativen.

Wie weiter?

Die Titel der letzten Kapitel lauten: Hunger, Flüchtlinge, Klimakatastrophe, Covid 19. Die Zahlen, die genannt werden, die Zustände, die geschildert werden, sie sind erschütternd. Der Autor rechnet: «Dabei würden nach UN-Einschätzungen die Kosten für den Umbau der Welt jährlich etwa zwei Billionen Euro betragen, also etwa die Hälfte von dem, was für die 2001 und 2003 begonnenen US-Kriege ausgegeben wurde.»

Immer wieder mahnt Tilgner, dass nur durch Verhandlungen, nur in Zusammenarbeit mit der UNO und ihren Unterorganisationen Fortschritte erzielt werden können. Und immer wieder ruft er die Medien auf, die Hintergründe zu erforschen und unvoreingenommen zu informieren.

Talon zum Mitbewegen

Name:_____ Vorname: _____

Strasse:_____ Mail (fak.): _____

PLZ:_____ Wohnort: _____

❑Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)

❑Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)

❑Ich möchte ein Probeabonnement der UW

❑Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
unserewelt@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch

Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel,
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch, Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

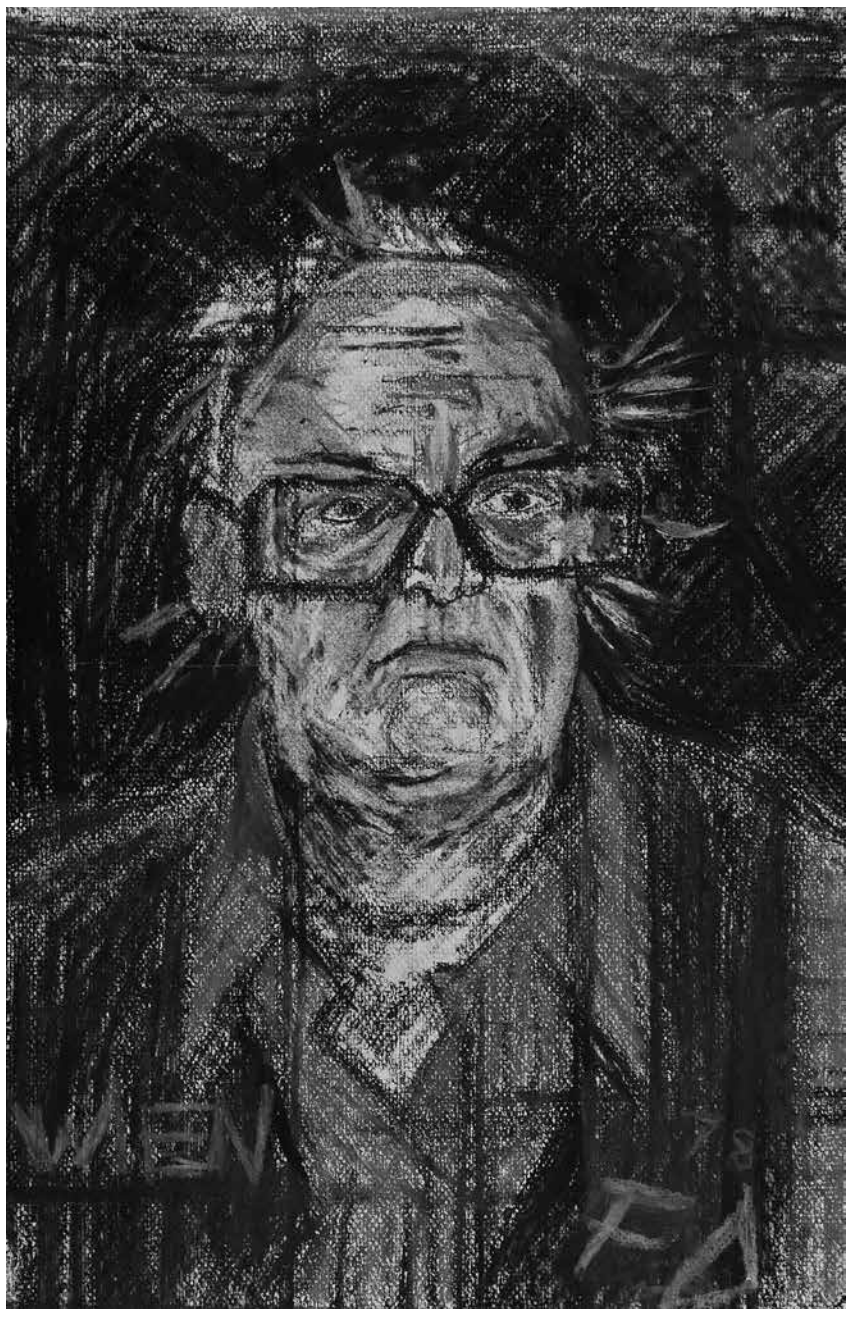
«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7, IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!



Friedrich Dürrenmatt, Selbstporträt, 1978. Quelle: CDN/Schweiz. Eidgenossenschaft

Zum Hundertsten von Friedrich Dürrenmatt

Denken statt Mitmarschieren

Er liebte weder den Schmeichel noch die Schmeichler. «Festreden sind entsetzlich», meinte der Schweizer Dramatiker Friedrich Dürrenmatt, und die voraussehbaren Festlichkeiten zu seinem 70. Geburtstag am 5. Januar 1991 waren ihm ein Gräuel. Er entzog sich ihnen auf seine Weise, durch einen Herzinfarkt am 14. Dezember 1990.

Von Martin Schwander

«Eine Geschichte ist dann zu Ende gedacht, wenn sie ihre schlimmstmögliche Wendung genommen hat», schrieb Friedrich Dürrenmatt in seinen Anmerkungen zum Stück «Die Physiker». Diese Wendung sei nicht voraussehbar und die Kunst des Dramatikers bestehe darin, «in einer Handlung den Zufall möglichst wirksam einzusetzen». Das hat der Schweizer Literat mit seinem überraschenden Tod am 14. Dezember 1990, nur wenige Wochen vor seinem 70. Geburtstag, zur Perfektion gebracht.

Als ich mich Mitte der sechziger Jahre im Gymnasium von Burgdorf auf dem Weg zur Matur abmühte, hatte sich Friedrich Dürrenmatt seinen Platz in unserem Lehrplan bereits fest ergattert. Seinen «Besuch der alten Dame» über die erniedrigende Käuflichkeit eines ganzen Dorfes und die Macht des Mammons konnten wir als Emmentaler Jugendliche sehr gut nachvollziehen: Wir wohnten alle irgendwie in «Güllen», damals. Selbst heute noch steht das Werk bei Schüleraufführungen am Ende der obligatorischen Schulzeit auf der Beliebtheitsskala weit oben.

Zu Besuch bei Dürrenmatts

1965, als meine Mitschülerinnen und Mitschüler im Sommer ihre Badesachen packten und sich in die Sommerferien verabschiedeten, wurde ich zwecks Aufbesserung meiner Französischnoten für einige Wochen nach Neuchâtel verbannt. Die schöne Stadt am noch schöneren See hatte zu jener Zeit den Anspruch, das beste Französisch zu vermitteln. In diesem Neuenburg, das sich im Mittelalter der katholischen Kirche und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der preussischen Herrschaft entledigte, hatte Friedrich Dürrenmatt 1952 mit seiner fünfköpfigen Familie Wohnsitz bezogen.

Dieser Umstand und seine Wohnadresse waren wohl bekannt und ich stattete mich schon vor meiner Abreise zum Französischkurs mit einigen seiner Werke aus. Nicht, um sie nochmals zu lesen – ich sollte ja Französisch lernen – sondern um sie vom Dichterfürsten persönlich signieren zu lassen. Bei der erstbesten Gelegenheit machte ich mich die leichte Anhöhe am Fuss des Chaumont hinauf und klingelte am 12. Juli bei Dürrenmatts. Es war die jüngste Tochter, Ruth, die mir öffnete und mich ins Arbeitszimmer ihres Vaters führte. Der Besuch war kurz und durchaus freundlich, meiner Bitte wurde Genüge getan und ich marschierte mit drei persönlich gewidmeten Bändchen zurück in die Stadt.

War mein erstes Unterfangen jugendliche Forschheit, war der zweite Teil wohl einfach unverfroren. Flugs deckte ich mich nämlich in einem Antiquariat mit dem Krimi «Der Richter und sein Henker» und dem schmalen Bändchen «Stranitzky und der Nationalheld» ein und klingelte bereits am nächsten Tag wieder an Dürrenmatts Türe. Erneut war es Ruth, die mir öffnete. Ihr Vater sei gerade an der Gartenarbeit, sie schaue mal, was zu machen sei. Tatsächlich tauchte Dürrenmatt nach einer Weile auf, schnaufend und schwitzend, mit kurzen Hosen, Gartenschere und Strohhut: «Ich bin doch keine Unterschreibmaschine», meinte er grummelnd. Keine Widmung diesmal, kein Eistee, nurmehr ein rasch hingekritzeltes «Dürrenmatt». Mir sollte es recht sein.

«Wehe denen, die anders denken als Du»

Anderweitig war Dürrenmatt eher knausrig mit seiner Unterschrift. Kollektive Entrüstung lag ihm nicht. Kaum ein Manifest von Geistesschaffenden zu drängenden Fragen jener Zeit, das er mitunterzeichnet hätte. Ausser, es sei von ihm selbst mitverfasst worden, wie 1971 eine Petition an die Direktion des Westschweizer TV zur sofortigen Wiedereinstellung von sechs fristlos entlassenen, politisch missliebigen Mitarbeitenden. «Ich bin Schriftsteller, kein Unterschriftsteller», begründete er etwa seine Absage an die Mitgliedschaft in der Autorenvereinigung «Gruppe Olten».

Nicht, dass Dürrenmatt sich vor klaren Stellungnahmen gedrückt hätte, aber Stellung bezog er lieber individuell, in einer seiner etwa 50 Reden zum Beispiel, oder er liess seine Werke sprechen: Mit der Komödie «Die Physiker», die er mitten in der Kontroverse um eine allfällige atomare Bewaffnung der Schweiz schrieb, thematisierte er die mögliche Apokalypse einer atomaren Auseinandersetzung und die Mitverantwortung der Wissenschaft. Und wie haben wir kritische Jugendliche ihn geliebt, als er sich in seinem «Schweizerpsalm III» mit beissender Schärfe der hurrapatriotischen Überhöhung der Rolle seines Landes im Zweiten Weltkrieg entgegenstellte. Wir waren aufgewachsen mit der in Bronze gegossenen Mär vom «Igel Schweiz», der sich der braunen Flut heroisch zur Wehr gesetzt hat, und nun kommt unser Nationaldichter Nummer 1 und sagt: «In Wahrheit wurden wir hauptsächlich / Durch unsere Geschäfte beschützt.»

«Was ist aus dir geworden, mein Land?», seufzte Dürrenmatt in seinem Psalm. «Nur noch deine Bankgeheimnisse sind glaubhaft. /…/ Wenn du morgens für die Neger in Biafra und / anderswo Geld sammelst / Legst du dich, Bet- und Bettschwester zugleich, / Abends mit deren Häuptlingen zwischen die Laken / Deine Waffengeschäfte abschliessend / Damit jene, mit denen du schläfst / Die abknallen, für die du gesammelt hast. /…/ Wehe denen, die anders denken als Du / Deine Lehrstühle / Hältst du von jedem Stäubchen Marxismus rein / Dein Patriotismus ist so steril und keimfrei / Dass auf seinem Boden wirklich nichts mehr wächst / Jede neue Idee ist für dich eine Seuche / So lebst du in ewiger Furcht vor Schnupfen und Masern / Dabei hast du Krebs, du willst es nur nicht wissen.»

Die Stütze seines Landes, so Dürrenmatt, seien jene, «welche denken / Nicht jene, die mitmarschieren» und so widmete er seinen Psalm aus dem Jahr 1970 dem ehemaligen Sekretär der Schweizerischen Friedensbewegung SFB Arthur Villard, der wegen Dienstverweigerung ins Gefängnis musste: «Armer Villard / Das Töten verurteilend / Wirst du von einem Land verurteilt / Das aus dem Töten Profit zieht / Deine Lauterkeit sei unser Vorbild / Deine Tapferkeit werde die unsrige.»

«Unser Frieden ist auch ein Krieg»

Dürrenmatt, der den Widerspruch liebte und mit ihm spielte, war selbst eine widersprüchliche Persönlichkeit. Was dem Deutschen Günter Grass seine Hitlerjugend, war dem 20jährigen Emmentaler Fritz ein fünfmonatiger Ausflug in die braune «Eidgenössische Sammlung»: Aus pubertärer Opposition gegen die pfarrherrliche Welt seines Vaters, wie er einmal meinte.

Irritierend auch seine dezidierte Parteinahme für Israel; seine späteren Aufrufe zur gegenseitigen Toleranz zwischen Israelis und Palästinensern schienen angesichts der dortigen Machtverhältnisse zwischen Besatzern und Besetzten eher beliebig. Doch Dürrenmatt liess sich Zeit seines Lebens nie gänzlich vereinnahmen, von nichts und niemandem. Beklagte er im September 1968 an einer Protest-Matinée gegen den Einmarsch fremder Truppen in die CSSR das erratische Denken der Sowjetunion, rief er gleichzeitig dazu auf, den «Krieg gegen die Dogmatiker der Gewalt» weiterzuführen, ob sie nun die Maske des Kommunismus «oder jene der Demokratie tragen».

Und 19 Jahre später wiederum war er in Moskau prominenter Gast des Internationalen Friedensforums «Für eine atomwaffenfreie Welt und für das Überleben der Menschheit». Die Teilnehmermischung sei bizarr, schrieb die «Welt» am 16. Februar 1987: «Da sind Schauspieler wie Maria Schell und Gregory Peck. Man sieht im Hotel ‹Kosmos› die zierliche Yoko Ono, Witwe des Beatle John Lennon, sowie die italienische Aktrice Claudia Cardinale. Auch der schwergewichtige Schweizer Dramatiker Friedrich Dürrenmatt ist eingeflogen. Erstmals wieder setzt er den Fuss auf sowjetischen Boden, denn seit dem Einmarsch der Russen in Prag mied er die Sowjetunion.»

Dürrenmatt selbst meinte nach seiner Rückkehr aus Moskau am 21. Februar 1987 in einem Interview mit «Le Temps»: «Man muss die Russen kennen. Sie sind ein Volk, das sich zutiefst nach Frieden sehnt, denn sie haben enorm unter dem Krieg gelitten. Sie wollen den Frieden noch mehr als die Amerikaner. Für sie ist der Frieden etwas anderes als für uns, die wir ihn zur Gewohnheit gemacht haben. Wie ich schon an anderer Stelle gesagt habe, ist der Atomkrieg kein Krieg: Er ist ein Auschwitz der Menschheit. Aber unser Frieden ist auch ein Krieg. Denken Sie an die Zerstörung der Atmosphäre, an die Gefahren, denen wir uns aussetzen, an die Welt der Katastrophen, die wir aufbauen.»

Mit Friedenskämpfern und Nonkonformisten

Zeitweise bereitete es Dürrenmatt wohl gar ein diabolisches Vergnügen, Erwartungen nicht gerecht zu werden. Statt sich am 25. Oktober 1969 artig für die Ehre zu bedanken, den «Grossen Literaturpreis des Kantons Bern» zu erhalten, reichte er ihn noch an der Verleihung selbst zu je einem Drittel weiter an den Friedenskämpfer Arthur Villard, den Nonkonformisten Sergius Golowin und den Journalisten Paul Ignaz Vogel, alle drei bekannte Vertreter einer vom Establishment ausgegrenzten Linken.

Und die Rede anlässlich einer Preisverleihung an Vaclav Havel am 22. November 1990 stellte er gar unter den Titel «Die Schweiz – ein Gefängnis» und denunzierte darin den Umgang mit den eigenen Dissidenten. Der «Gottlieb-Duttweiler-Preis für Zivilcourage», den Havel erhielt, sei ein schöner Preis, ein schweizerischer Preis, «aber irgendwie unumkehrbar». Er könne sich nicht vorstellen, dass einem schweizerischen Dienstverweigerer ein Vaclav-Havel-Preis für Zivilcourage verliehen würde.

Irgendwie irdischer

Ich bin mit der Lektüre von Dürrenmatt aufgewachsen. Natürlich habe ich auch «Andorra» von Max Frisch verschlungen und mit Andri mitgelitten. Aber wenn mich später mit dem Philosophen aus Zürich politisch mehr verband als mit dem Hedonisten aus Neuchâtel, so stand mir als Jugendlicher das Geerdete, Währschafte von Dürrenmatt näher. Dürrenmatt war für mich die (bevorzugte) deftige Schlachtplatte und Frisch das Lachsbrötchen, der laute Stammtisch mit frisch gezapftem Bier und einem Stumpen versus das gepflegte Kamingespräch mit Cognacschwenker und Pfeifenrauch. Irgendwie irdischer halt.

Nach meinem zweiten Besuch in Dürrenmatts Villa begleitete mich seine Tochter Ruth in die Neuenburger Altstadt hinunter. Wir sprachen über dieses und jenes und auch über die Schule. Was sie denn in der Schule am liebsten mache, fragte ich die 14jährige. «Am liebsten verprügle ich Jungs», meinte sie. Auch irgendwie irdisch.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 11. Februar 2021